

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1608

der Abgeordneten Monika Schulz-Höpfner, CDU-Fraktion

der Abgeordneten Ursula Nonnemacher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und des Abgeordneten Andreas Büttner, FDP-Fraktion

Drucksache 5/4108

Transparenz bei der Landesförderung von Verbänden

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1608 vom 13.10.2011:

In den zurückliegenden 20 Jahren haben sich in Brandenburg unterschiedliche Verbände etabliert, die regional oder auch landesweit für Rat und Unterstützung suchende Brandenburgerinnen und Brandenburger tätig sind. Diese Verbände werden auf unterschiedliche Weise durch das Land gefördert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche landesweit tätigen Verbände gibt es in den Bereichen Familie, Frauen, Senioren, Menschen mit Behinderungen und Jugend in Brandenburg? (bitte aufgeschlüsselt nach Betätigungsfeldern)
2. Nach welchen Fördergrundsätzen werden die einzelnen Verbände gefördert?
3. Wie hoch ist bei den jeweiligen Verbänden die jährlich für Personalkosten bewilligte Summe?(bitte aufgeschlüsselt je Vollzeitstelle)
4. Wie haben sich die Personalkosten in den einzelnen Verbänden seit 1995 entwickelt?
5. Wurden Tarifangleichungen insbesondere für die GeschäftsführerInnenstellen vorgenommen? Wenn ja, in welcher Höhe?
6. Wie hoch sind bei den einzelnen Verbänden die jährlich bewilligten Sachkosten? (bitte aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre seit 1995)
7. Wie hoch sind die Mieten für die von den einzelnen Verbänden genutzten Räumlichkeiten pro m<sup>2</sup> und insgesamt?
8. Entsprechen die Mieten dem jeweils geltenden Mietspiegel?
9. Wie wird die unterschiedliche Landesförderung der Verbände begründet?
10. Plant die Landesregierung Änderungen im Fördersystem, und wenn ja welche und aus welchem Grund?

Datum des Eingangs: 28.12.2011 / Ausgegeben: 02.01.2012

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: In den Bereichen Familie, Frauen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen sind im Land Brandenburg eine Vielzahl von Verbänden mit unterschiedlichen Strukturen und inhaltlichen Ausrichtungen tätig. Auch im Bereich Jugend gibt es zahlreiche landesweit tätige Verbände, von denen 30 als Mitglieder im Landesjugendring vertreten sind. Eine Sonderstellung kommt den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Caritas-Verbände, Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) zu. Das Land unterstützt die von den Spitzenverbänden für ihre Untergliederungen erbrachten Anleitungs- und Koordinierungstätigkeiten in Form von projektbezogener Personalkostenförderung. Diese geleistete Unterstützung von Spitzenverbandsaufgaben basiert auf einer mit Ziele- und Maßnahmendefinitionen versehenen Fördervereinbarung (Laufzeit 2010 - 2012; Volumen: 1,2 Mio. €/jährlich) und hebt sich von der übrigen im Sozial- und Jugendbereich geleisteten Landesförderung von Verbänden ab, die im Folgenden dokumentiert wird.

Frage 1: Welche landesweit tätigen Verbände gibt es in den Bereichen Familie, Frauen, Senioren, Menschen mit Behinderungen und Jugend in Brandenburg? (bitte aufgeschlüsselt nach Betätigungsfeldern)

Zu Frage 1: Zusätzlich zu der in der Vorbemerkung erwähnten Spitzenverbandförderung der Freien Wohlfahrtspflege fördert das Land in den Bereichen Familie, Frauen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen und im Bereich Jugend landesweit tätige Verbände durch Zuschüsse für Personal- und Sachkosten der Geschäftsstellen (s. Übersicht in der Anlage 1). Da gemäß den nach der Landeshaushaltsordnung (LHO) des Landes Brandenburg geltenden Aufbewahrungsfristen Belege in der Regel fünf Jahre aufzubewahren sind, ist die Beantwortung der Fragen 1 bis 8 nur für die Jahre 2006 bis 2011 möglich.

Frage 2: Nach welchen Fördergrundsätzen werden die einzelnen Verbände gefördert?

Zu Frage 2: Die Förderung von landesweit tätigen Verbänden im Bereich Familie, Frauen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung erfolgt in der Regel anhand von internen Fördergrundsätzen. Die jeweils zugrunde liegenden internen Fördergrundsätze sind in Anlage 1, Spalte C benannt und als Anlagen 2 – 8 beigelegt. Als Dachverband der Jugendverbände erhält der Landesjugendring (LJR) als einziger Verband eine Förderung für seine Geschäftsstelle, die Verbände erhalten aus Landesmitteln direkt oder indirekt (v.a. durch den LJR) lediglich Projektförderungen. Der Landesjugendring (LJR) wird aus Mitteln des Landesjugendplans gemäß §§ 23 und 44 LHO im Rahmen einer Anteilfinanzierung gefördert.

Frage 3: Wie hoch ist bei den jeweiligen Verbänden die jährlich für Personalkosten bewilligte Summe? (bitte aufgeschlüsselt je Vollzeitstelle)

Zu Frage 3: Zur Beantwortung wird auf die als Anlage 1 beigelegte Tabelle (Spalte D) verwiesen. Hierzu sind folgende Hinweise erforderlich: Die Förderung der landes-

weit tätigen Verbände erfolgt in der Regel als Teilfinanzierung. Das bedeutet, dass das Land als Zuwendungsgeber nur einen Teil der zuwendungsfähigen Ausgaben bezuschusst. Soweit dem Zuwendungsempfänger ausschließlich eine Förderung von Personalkosten bewilligt wurde, entspricht die ausgereichte Landeszuwendung dem in der Spalte D ausgewiesenen Betrag. Erhält der Zuwendungsempfänger neben der Personal- auch eine Sachkostenförderung, so ist der auf die Landeszuwendung entfallende Personalkostenanteil unter Berücksichtigung des Eigenanteils nicht eindeutig abgrenzbar. Eindeutig bestimmbar ist in diesen Fällen lediglich die Gesamtzuwendung des Landes (Personal- und Sachkosten), die in Spalte G der Tabelle ausgewiesen ist. Im Bereich der Jugendverbände sind derzeit in der Geschäftsstelle des Landesjugendringes fünf Mitarbeiter mit einer Gesamt-Vollzeitstellenanzahl von 4,5 beschäftigt. Die Personalkosten, die bei der Ermittlung der Zuwendung berücksichtigt werden, sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

<b>Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer</b>	<b>Personalkosten (in EUR)</b>
1. Entgeltgruppe 14	74.457,96
2. Entgeltgruppe 11	55.448,12
3. Entgeltgruppe 10 (0,5 VZE)	25.552,19
4. Entgeltgruppe 9	52.679,30
5. Entgeltgruppe 7	36.438,71

Frage 4: Wie haben sich die Personalkosten in den einzelnen Verbänden seit 1995 entwickelt?

Zu Frage 4: Die für die Personalkosten der landesweit tätigen Verbände im Bereich Familie, Frauen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung bewilligten Beträge sind in Anlage 1, Spalte D, dargestellt. Die Entwicklung der Personalkosten ist darin für die Jahre 2006-2011 erkennbar (auf die Vorbemerkung wird verwiesen). Im Bereich der Jugendverbände ist die Entwicklung der Personalkosten für die geförderten Stellen des LJR in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

<b>Jahr</b>	<b>Personalkosten (in EUR)</b>	<b>Anzahl der geförderten Stellen (in VZE)</b>	<b>Sachkosten (in EUR)</b>
2006	152.215,00	4	73.985,00
2007	159.300,00	4	71.720,00
2008	155.614,50	4	75.405,50
2009 <sup>1</sup>	185.220,00	4,5	90.800,00
2010	213.180,00	4,5	88.735,00
2011	229.250,00	4,5	96.100,00

Frage 5: Wurden Tarifangleichungen insbesondere für die GeschäftsführerInnenstellen vorgenommen? Wenn ja, in welcher Höhe?

Zu Frage 5: Tarifangleichungen können nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel vorgenommen werden. Für die Betätigungsfelder Frauen und Familie erfolgte im Haushaltsjahr 2010 eine Anpassung auf der Grundlage der vom Ministerium der Finanzen mit Wirkung vom 01.05.2008 geltenden Personaldurchschnittskosten für

<sup>1</sup> Seit 2009 ist beim Landesjugendring die Beratungsstelle „ZeitWERK“ angesiedelt. Durch die damit verbundene Projektleiterstelle mit einem Umfang von 0,5 VZE erhöht sich die Anzahl der geförderten Stellen auf 4,5 VZE.

Tariffbeschäftigte bei gleichzeitiger Absenkung des Landesanteils von 100 auf 80 Prozent. Für die Betätigungsfelder der Seniorinnen und Senioren und der Menschen mit Behinderungen wurden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel im Einzelfall geringfügige Anpassungen vorgenommen. Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Landesförderung in der Regel nicht als Vollfinanzierung gewährt wird. Im Bereich der Jugendverbände wurden, wenn es die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Landesjugendplan zugelassen haben, die Tarifangleichungen in Höhe der jeweils geltenden Tarifverträge für den Bereich der Länder sukzessive für alle geförderten Stellen im Nachgang als zuwendungsfähig anerkannt und entsprechend gefördert (vgl. auch Übersicht zu Frage 4).

Frage 6: Wie hoch sind bei den einzelnen Verbänden die jährlich bewilligten Sachkosten? (bitte aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre seit 1995)

Zu Frage 6: Die für die Sachkosten der landesweit tätigen Verbände im Bereich Familie, Frauen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung relevanten Beträge sind in Anlage 1, Spalte E, dargestellt. Auf die in der Beantwortung zu Frage 3 gegebenen Hinweise wird sinngemäß verwiesen. Für den Bereich der Jugendverbände ist die Höhe der bewilligten Sachkosten für den Zeitraum 1999 bis 2011 der Übersicht zu Frage 4 zu entnehmen.

Frage 7: Wie hoch sind die Mieten für die von den einzelnen Verbänden genutzten Räumlichkeiten pro m<sup>2</sup> und insgesamt?

Zu Frage 7: Die für die Mietkosten der landesweit tätigen Verbände im Bereich Familie, Frauen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung bewilligten Beträge sind in Anlage 1, Spalte F, dargestellt. Im Bereich der Jugendverbände ist die Stiftung „Großes Waisenhaus“ Vermieter der vom Landesjugendring genutzten Räumlichkeiten. Die aktuelle monatliche Kaltmiete beträgt 7,30 €/m<sup>2</sup>. Bei einer genutzten Fläche von insgesamt 135,30 m<sup>2</sup> entspricht dies einer Gesamtsumme von 987,69 €.

Frage 8: Entsprechen die Mieten dem jeweils geltenden Mietspiegel?

Zu Frage 8: In den Fällen, in denen Mieten Gegenstand der Förderung waren, erfolgte durch die Bewilligungsstelle eine Prüfung, ob die Mieten der Höhe nach ortsüblich und angemessen sind. Soweit ein Mietspiegel für die jeweilige Region vorliegt, wird dieser – sofern erforderlich – in die Prüfung einbezogen. Entsprechende Angaben können der Anlage 1, Spalte F entnommen werden. Im Bereich der Jugendverbände verhält sich die Höhe der Miete im Rahmen vergleichbarer Gewerbe-/ Büroflächen in Potsdam (Stadtmitte). Ein offizieller Mietspiegel für Gewerbeflächen im Raum Potsdam war dem MBSJ zum Zeitpunkt der Anmietung der in der Antwort zu Frage 7 genannten Räumlichkeiten durch den LJR nicht bekannt.

Frage 9: Wie wird die unterschiedliche Landesförderung der Verbände begründet?

Zu Frage 9: Bereits die Auflistung der landesweit tätigen Verbände in der Anlage 1 zeigt, wie breit und vielfältig das Spektrum der Verbandsarbeit im sozialen Bereich ist. Daraus folgend und vor dem Hintergrund begrenzter Haushaltsmittel des Landes

ist es Ziel der Landesregierung, die Verbände entsprechend ihrer jeweils individuellen Besonderheiten effektiv und wirtschaftlich zu unterstützen. Innerhalb der einzelnen Betätigungsfelder wird eine Gleichbehandlung bei der Landesförderung angestrebt. Die Landesförderung der Geschäftsstelle des LJR in seiner Funktion als Zentralstelle für die Jugendverbandsarbeit basiert auf der in § 12 SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelten Verpflichtung zur Förderung der Jugendverbände.

Frage 10: Plant die Landesregierung Änderungen im Fördersystem, und wenn ja welche und aus welchem Grund?

Zu Frage 10: Nein.

## Übersicht zu den Anlagen

### zur Beantwortung der KA 1608 „Transparenz bei der Landesförderung von Verbänden“

- |          |  |
|----------|--|
| Anlage 1 | Tabellarische Übersicht zu den Verbänden, Fördergrundsätzen, Personal- und Sachkosten  |
| Anlage 2 | Interne Fördergrundsätze für die Bereiche Organisationen und Verbände der Frauenpolitik, Familienverbände, lesbisch-schwule Interessenvertretung vom 05.12.2003  |
| Anlage 3 | Fördergrundsätze des MASGF für die Gewährung von Zuwendungen an Landesverbände im sozialen Bereich (Kapitel 07 070 Titel 684 11); in Kraft getreten am 01.01.2006  |
| Anlage 4 | Interne Fördergrundsätze des MASGF für die Gewährung von Zuwendungen für Frauenverbände und -vereine im Bereich des Referates 31 A (Kapitel 07 080 Titel 684 65); in Kraft getreten am 01.11.2009  |
| Anlage 5 | Grundsätze des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ) für die Gewährung von Zuwendungen aus Kapitel 07 040 Titel 684 80 sowie aus Kapitel 05 050 und Titel 684 60 zur Förderung der interdisziplinären Früherkennung und Frühförderung im Land Brandenburg; in Kraft getreten am 01.01.2009 |
| Anlage 6 | Interne Fördergrundsätze des MASF für die Gewährung von Zuwendungen an Verbände und Vereine aus dem Bereich des Referates Familienpolitik und Lebenspartnerschaften (Kapitel 07 080 Titel 684 65); in Kraft getreten am 01.01.2010   |
| Anlage 7 | Förderhinweise an das LASV (Bewilligungsstelle) für die Umsetzung der Gewährung von Zuwendungen an Landesverbände (07 070/684 11) und Projektträger im sozialen Bereich (07 070/684 12) vom 20.06.2011   |
| Anlage 8 | Fördergrundsätze des MASGF für die Gewährung von Zuwendungen an Projekte im sozialen Bereich (Kapitel 07 070 Titel 684 12) vom 27.07.2006  |

### Kleine Anfrage 1608 "Transparenz bei der Landesförderung von Verbänden"

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m <sup>2</sup> / zu m <sup>2</sup> keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
<b>Jahr 2006</b>						
Deutscher Familienverband	Familie	siehe Anlage 2	6.000,00 € Minijob	8.038,00 €	3.600,00 € Miete/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	13.038,00 € (PK + SK)
Familienbund der Katholiken		siehe Anlage 2	6.981,00 € sozialvers.pflichtige geringfügige Beschäftigung	5.969,00 €	2.304,00 € Miete/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	12.500,00 € (PK + SK)
EAF Landesarbeitskreis		siehe Anlage 2	35.684,40 € /0,5 VK	3.297,00 €	1.800,00 € Miete 6,82 €/m <sup>2</sup> MS nicht vorhanden	12.730,00 € (PK + SK)
AndersARTIG e.V.		siehe Anlage 2	45.000,00 € / 1 VK 6.026,00 € Minijob	16.390,00 €	7.495,00 € Miete 5,00 €/m <sup>2</sup> MS nicht vorhanden	67.416,00 € (PK+SK)
SHIA e. V. <sup>1)</sup>	Frauen	siehe Anlage 2	34.800,00 € /1 VK	7.210,00 €	3.900,00 € Miete 3,90 €/m <sup>2</sup> MS nicht vorhanden	41.760,00 € (PK + SK)
VAMV <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	35.550,00 € / 1 VK	7.550,00 €	3.600,00 € Miete 2,87 €/m <sup>2</sup> entspricht MS	40.395,00 € (PK + SK)
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (KUKMA)		siehe Anlage 2	36.458,00 € / 1VK	6.320,00 €	1.560,00 € Miete 8,13 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	42.758,00 € (PK+SK)
Frauenpolitischer Rat		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	9.384,00 €	5.996,00 Miete <sup>2</sup> / 10,90 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	43.784,00 € (PK+SK)
Demokratischer Frauenbund		siehe Anlage 2	43.035,00 € / 1 VK	7.300,00 €	4.300,00 € Miete <sup>2</sup> 6,93 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	41.000,00 € (PK+SK)



Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
Brandenburger Landfrauenverband e. V.		siehe Anlage 2	38. 475,00 € / 1VK	6.160,00 €	2.310,00 € Miete <sup>2</sup> 6,90 €/m²/ MS nicht vorhanden	40.630,00 € (PK+SK)
GEDOK Brandenburg e.V.		siehe Anlage 2	30.000,00 € / 1 VK	7.940,00 €	3.840,00 Miete <sup>2</sup> 2,91 €/m² entspricht MS	35.955,00 € (PK+SK)
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. <sup>2</sup>	<b>Senioreninnen und Senioren</b>	siehe Anlage 3		5.200,00 €	keine Förderung von Mietkosten	4.600,00 € (SK)
Alzheimer Gesellschaft LV (Überregion. Kontakt- und Beratungsstelle)		siehe Anlage 3	74.500,00 € / 1,5 VK	10.500,00 €	keine Förderung von Mietkosten	42.500,00 € (PK+SK)
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft LV Brandenburg e. V.	<b>Menschen mit Behinderungen</b>	siehe Anlage 3	21.170,00 € / 0,5 VK	4.380,00 €	2.380,00 € Miete 12,78 €/m²/ MS nicht vorhanden	18.650,00 € (PK+SK)
LV der Angehörigen psychisch Kranker e. V.		siehe Anlage 3		4.000,00 €	800,00 € Miete (warm) / zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	3.200,00 € (SK)
LAG Selbsthilfe Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	43.850,00 € / 1 VK	75.000,00 €	keine Förderung von Mietkosten	79.825,00 € (PK+SK)
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	58.522,87 € / 1,5 VK			57.000,00 € (PK)
Mukoviszidose LV Berlin- Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	18.105,99 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)
AG Spina bifida und Hydrocephalus LV Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	20.615,00 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)



Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
<b>Jahr 2007</b>						
Deutscher Familienverband	Familie	siehe Anlage 2	6.240,00 € / Minijob	7.798,00 €	3.600,00 € Miete/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	13.038,00 € (PK + SK)
Familienbund der Katholiken		siehe Anlage 2	6.981,00 € / sozialvers.pflichtige geringfügige Beschäftigung	5.969,00 €	2.304,00 € Miete zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	12.500,00 € (PK + SK)
EAF Landesarbeitskreis		siehe Anlage 2	34.152,57 € / 0,5 VK	3.241,00 €	1.800,00 € Miete 6,82 €/m² / entspricht MS	12.730,32 € (PK + SK)
SHIA e. V. <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	7.035,00 €	3.990,00 € Miete 3,90 €/m²/ MS nicht vorhanden	41.760,00 € (PK + SK)
VAMV <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	7.550,00 €	3.600,00 € Miete 2,87 €/m² / entspricht MS	40.395,00 € (PK + SK)
AndersARTIG e.V.	Frauen	siehe Anlage 2	45.000,00 € / 1 VK 6.149,00 € Minijob	17.627,00 €	10.229 € Miete 6,70 €/m² nicht vorhanden MS	65.642,00 € (PK+SK)
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum g GmbH		siehe Anlage 2	36.525,00 € / 1 VK	6.300,00 €	1.560,00 € Miete 8,13 €/m² / MS nicht vorhanden	42.825,00 € (PK+SK)
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	10.014,00 €	5.996,00 € Miete <sup>2</sup> 10,90 €/m² / MS nicht vorhanden	43.784,00 € (PK+SK)
Demokratischer Frauenbund		siehe Anlage 2	43.582,00 € / 1 VK	7.318,00 €	4.318,00 € Miete <sup>2</sup> 6,93 €/m² / MS nicht vorhanden	41.000,00 € (PK+SK)
Brandenburger Landfrauenverband e. V.		siehe Anlage 2	39.000,00 € / 1 VK	9.150,00 €	2.065,00 € Miete <sup>2</sup> 6,90 €/m²/ MS nicht vorhanden	40.630,00 € (PK+SK)
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. <sup>2</sup>	Senioreninnen und Senioren	siehe Anlage 3		5.200,00 €	keine Förderung von Mietkosten	4.600,00 € (SK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
Alzheimer Gesellschaft LV (Überregion. Kontakt- und Beratungsstelle)		siehe Anlage 3	74.500,00 € / 1,5 VK	10.500,00 €	keine Förderung von Mietkosten	42.500,00 € (PK+SK)
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft LV Brandenburg e. V.	<b>Menschen mit Behinderungen</b>	siehe Anlage 3	21.170,00 € / 0,5 VK	4.380,00 €	2.380,00 € Miete 8,18 €/m²/ MS nicht vorhanden	18.650,00 € (PK+SK)
LV der Angehörigen psychisch Kranker e. V.		siehe Anlage 3		4.000,00 €	750,00 € Miete (warm)/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	3.200,00 € (SK)
Mukoviszidose LV Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	18.105,99 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)
Allgemeiner Behindertenverband		siehe Anlage 3		29.000,00 €	3.200,00 € Miete/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	5.400,00 € (SK)
LAG Selbsthilfe Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	42.407,00 € / 1 VK	75.000,00 €	keine Förderung von Mietkosten	91.017,00 € (PK+SK)
AG Spina bifida und Hydrocephalus LV Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	20.590,00 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	58.522,87 € / 1,5 VK			57.000,00 € (PK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m <sup>2</sup> / zu m <sup>2</sup> keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
<b>Jahr 2008</b>						
Deutscher Familienverband	<b>Familie</b>	siehe Anlage 2	6.240,00 € / Minijob	8.398,00 €	3.600,00 € Miete/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	13.038,00 € (PK + SK)
Familienbund der Katholiken		siehe Anlage 2	6.930,00 € / sozialvers.pflichtige geringfügige Beschäftigung	6.020,00 €	2.304,00 € Miete zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	12.500,00 € (PK + SK)
EAF Landesarbeitskreis		siehe Anlage 2	32.152,37 € / 0,5 VK	3.241,00 €	1.800,00 € Miete 6,82 €/m <sup>2</sup> / entspricht MS	12.730,32 € (PK + SK)
SHIA e. V. <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	7.025,00 €	3.990,00 € Miete 3,90 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	41.760,00 € (PK + SK)
VAMV <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	7.550,00 €	3.600,00 € Miete 2,87 €/m <sup>2</sup> / entspricht MS	40.395,00 € (PK + SK)
AndersARTiG e.V.	<b>Frauen</b>	siehe Anlage 2	45.000,00 € / 1 VK 6.149,00 € Minijob	14.933,00 €	10.434,00 € Miete 6,90 €/m <sup>2</sup> nicht vorhanden MS	66.082,00 € (PK+SK)
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum g GmbH (KUKMA)		siehe Anlage 2	31.873,00 € / 1 VK	6.300,00 €	1.560,00 € Miete 8,13 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	38.173 € (PK+SK)
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	10.014,00 €	5.996,00 € Miete <sup>2</sup> 10,90 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	43.784,00 € (PK+SK)
Demokratischer Frauenbund e.V.		siehe Anlage 2	43.582,00 € / 1 VK	7.318,00 €	4.318,00 € Miete <sup>2</sup> 6,93 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	41.000,00 € (PK+SK)
Brandenburger Landfrauenverband e. V.		siehe Anlage 2	39.000,00 € / 1 VK	9.150,00 €	3.500,00 € Miete <sup>2</sup> 6,90 €/m <sup>2</sup> / MS nicht vorhanden	40.630,00 € (PK+SK)



Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. <sup>2</sup>	<b>Senioreninnen und Senioren</b>	siehe Anlage 3		5.200,00 €	keine Förderung von Mietkosten	4.600,00 € (SK)
Alzheimer Gesellschaft LV (Überregion. Kontakt- und Beratungsstelle)		siehe Anlage 3	74.500,00 € / 1,5 VK	10.500,00 €	keine Förderung von Mietkosten	42.500,00 € (PK+SK)
Allgemeiner Behindertenverband	<b>Menschen mit Behinderungen</b>	siehe Anlage 3		29.000,00 €	3.200,00 € Miete / zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	5.400,00 € (SK)
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft LV Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	21.170,00 € / 0,5 VK	4.380,00 €	2.380,00 € Miete 8,18 €/m²/ MS nicht vorhanden	18.650,00 € (PK+SK)
Mukoviszidose LV Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	20.790,79 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)
LV der Angehörigen psychisch Kranker e. V.		siehe Anlage 3		4.000,00 €	750,00 € Miete (warm)/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	3.200,00 € (SK)
LAG Selbsthilfe Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	38.255,00 € / 1 VK	75.000,00 €	500,00 € Miete (warm)/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	94.430,00 € (PK+SK)
AG Spina bifida und Hydrocephalus LV Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	24.823,00 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	65.580,03 € / 1,5 VK			62.900,00 € (PK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
ARGE Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung LV Brandenburg e. V. (Überreg. Arbeitsstelle Frühförderung)		Einzelfall- entscheidung gem. §§ 23 u. 44 LHO	78.108,00 € / 2 VK	31.423,00 €	6.480,00 € Miete 6,90 €/m² / entspricht MS	104.531,00 € (PK+SK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
<b>Jahr 2009</b>						
Deutscher Familienverband	<b>Familie</b>	siehe Anlage 2	6.240,00 € / Minijob	8.398,00 €	3.600,00 € Miete/ zu m² keine Angabe/ MS nicht vorhanden	13.038,00 € (PK + SK)
Familienbund der Katholiken		siehe Anlage 2	6.930,00 € / sozialvers.pflichtige geringfügige Beschäftigung	6.020,00 €	2.304,00 € Miete zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	12.500,00 € (PK + SK)
EAF Landesarbeitskreis		siehe Anlage 2	32.016,42 € / 0,5 VK	3.295,00 €	1.800,00 € Miete 6,82 €/m² entspricht MS	12.730,32 € (PK + SK)
SHIA e. V. <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	7.025,00 €	3.990,00 € Miete 3,90 €/m² nicht vorhanden	41.760,00 € (PK + SK)
VAMV <sup>1)</sup>		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	7.550,00 €	3.600,00 € Miete 2,87 €/m² entspricht MS	40.395,00 € (PK + SK)
AndersARTIG e.V.	<b>Frauen</b>	siehe Anlage 2	45.000,00 € / 1 VK 6.148,00 € Minijob	15.852,00 €	11.190,00 € Miete 7,40 €/m² MS nicht vorhanden	66.000,00 € (PK+SK)
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (KUKMA)		siehe Anlage 2	36.525,00 € / 1VK	6.300,00 €	1.560,00 € Miete 8,13 €/m² MS nicht vorhanden	42.825,00 € (PK+SK)
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.		siehe Anlage 2	34.800,00 € / 1 VK	10.014,00 €	5.996,00 € Miete <sup>2)</sup> 10,90 €/m² MS nicht vorhanden	43.784,00 € (PK+SK)
Demokratischer Frauenbund		siehe Anlage 2	47.183,00 € / 1 VK	7.318,00 €	4.318,00 € Miete <sup>2)</sup> 6,93 €/m² MS nicht vorhanden	39.922,00 € (PK+SK)
Brandenburger Landfrauenverband e. V.		siehe Anlage 2	39.000,00 € / 1VK	9.150,00 €	3.500,00 € Miete <sup>2)</sup> 6,90 €/m² MS nicht vorhanden	40.630,00 € (PK+SK)
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. <sup>2)</sup>	<b>Senioreninnen und Senioren</b>	siehe Anlage 3		9.200,00 €	keine Förderung von Mietkosten	8.600,00 € (SK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
Alzheimer Gesellschaft LV (Überregion. Kontakt- und Beratungsstelle)		siehe Anlage 3	118.000,00 € / 2,5 VK	14.000,00 €	keine Förderung von Mietkosten	63.500,00 € (PK+SK)
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft LV Brandenburg e. V.	<b>Menschen mit Behinderungen</b>	siehe Anlage 3	22.080,00 € / 0,5 VK	4.380,00 €	2.920,00 € Miete 8,30 €/m² / MS nicht vorhanden	18.650,00 € (PK+SK)
Mukoviszidose LV Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	24.369,69 € / 0,75 VK			15.000,00 € (PK)
Allgemeiner Behindertenverband		siehe Anlage 3		23.100,00 €	3.200,00 Miete (warm) 4,59 €/m² MS nicht vorhanden	5.400,00 € (SK)
LV der Angehörigen psychisch Kranker e. V.		siehe Anlage 3		4.920,00 €	750,00 € Miete (warm)/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	4.100,00 € (SK)
LAG Selbsthilfe Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	40.453,00 € / 1 VK	75.000,00 €	750,00 € Miete (warm) / zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	96.628,00 € (PK+SK)
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	69.541,17 € / 1,5 VK			65.000,00 € (PK)
ARGE Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung LV Brandenburg e. V. (Überreg. Arbeitsstelle Frühförderung)		siehe Anlage 5	78.646,79 € / 2 VK	31.422,00 €	6.480,00 € Miete €/m² entspricht MS	104.568,00 € (PK+SK)



Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
<b>Jahr 2010</b>						
Deutscher Familienverband	<b>Familie</b>	siehe Anlage 6	6.240,00 € / Minijob	9.430,00 €	3.600,00 € Miete/ zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	14.018,00 € (PK + SK)
Familienbund der Katholiken		siehe Anlage 6	10.900,00 € / sozialvers.pflichtige geringfügige Beschäftigung	2.630,00 €	1.920,00 € Miete 10,00 €/m²/ MS nicht vorhanden	13.080,00 € (PK + SK)
EAF Landesarbeitskreis		siehe Anlage 6	15.724,19 € / 0,25 VK	3.347,00 €	1.200,00 € Miete 4,55 €/m² entspricht MS	13.080,00 € (PK + SK)
SHIA e. V. <sup>1)</sup>		siehe Anlage 6	34.880,00 € / 1 VK	6.988,00 €	3.990,00 € Miete 3,90 €/m² entspricht MS	41.856,00 € (PK + SK)
VAMV <sup>1)</sup>		siehe Anlage 6	36.261,00 € / 1 VK	7.550,00 €	3.600,00 € Miete 2,87 €/m² entspricht MS	41.856,00 € (PK + SK)
AndersARTiG e.V.	<b>Frauen</b>	siehe Anlage 6	38.300,00 € / 1 VK 6.150 € Minijob	14.852,00 €	10.380,00 € Miete 6,70 €/m² MS nicht vorhanden	59.302,00 € (PK+SK)
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (KUKMA)		siehe Anlage 4	36.526,00 € / 1 VK	6.300,00 €	1.560,00 € Miete 8,13 €/m² MS nicht vorhanden	42.826,00 € (PK+SK)
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.		siehe Anlage 4	35.180,00 € / 1 VK	10.410,00 €	5.996,00 € Miete <sup>2</sup> 10,90 €/m² MS nicht vorhanden	45.290,00 € (PK+SK)
Demokratischer Frauenbund		siehe Anlage 4	51.000,00 € / 1 VK	7.318,00 €	4.318,00 € Miete <sup>2</sup> 6,93 €/m² MS nicht vorhanden	39.922,00 € (PK+SK)
Brandenburger Landfrauenverband e. V.		siehe Anlage 4	39.000,00 € / 1VK	6.000,00 €	3.500,00 € Miete <sup>2</sup> 6,90 €/m² MS nicht vorhanden	40.630,00 € (PK+SK)
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. <sup>2</sup>	<b>Senioreninnen und Senioren</b>	siehe Anlage 3		5.200,00 €	keine Förderung von Mietkosten	4.600,00 € (SK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
Alzheimer Gesellschaft LV (Überregion. Kontakt- und Beratungsstelle)		siehe Anlage 3	112.500,00 € / 2,1 VK	40.780,00 €	8.000,00 € Miete 10,78 €/m² entspricht MS	65.500,00 € (PK+SK)
Allgemeiner Behindertenverband	<b>Menschen mit Behinderungen</b>	siehe Anlage 3		23.100,00 €	3.200,00 € Miete (warm) 4,59 €/m² MS nicht vorhanden	5.400,00 € (SK)
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft LV Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	22.020,00 € / 0,75 VK	4.920,00 €	2.920,00 € Miete 8,30 €/m² MS nicht vorhanden	19.100,00 € (PK+SK)
Mukoviszidose LV Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	20.606,27 € / 0,75 VK	3.763,00 €	keine Förderung von Mietkosten	15.000,00 € (PK+SK)
LV der Angehörigen psychisch Kranker e. V.		siehe Anlage 3		4.950,00 €	keine Förderung von Mietkosten	4.100,00 € (SK)
LAG Selbsthilfe Brandenburg e.V.		siehe Anlage 3	45.170,00 € / 1 VK	75.000,00 €	keine Förderung von Mietkosten	100.655,00 € (PK+SK)
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e. V.		siehe Anlage 3	72.943,73 € / 1,5 VK			70.000,00 € (PK)
ARGE Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung LV Brandenburg e. V. (Überreg. Arbeitsstelle Frühförderung)		siehe Anlage 5	78.594,88 € / 2 VK	31.476,00 €	6.480,00 € Miete 6,90 €/m² entspricht MS	104.568,00 € (PK+SK)

Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
<b>Jahr 2011</b>						
Deutscher Familienverband	<b>Familie</b>	siehe Anlage 6	6.240,00 € / Minijob	8.398,00 €	3.600,00 € Miete/ zu m² keine Angabe MS nicht vorhanden	13.080,00 € (PK + SK)
Familienbund der Katholiken		siehe Anlage 6	12.000,00 € / sozialvers.pflichtige geringfügige Beschäftigung	10.080,00 €	3.840,00 € Miete (warm) zu Quadratmeterpreis keine Angabe/ MS nicht vorhanden	13.080,00 € (PK + SK)
EAF Landesarbeitskreis		siehe Anlage 6	18.345,00 € / 0,25 VK	3.550,00 €	1.200,00 € Miete 4,55 €/m² entspricht MS	13.080,00 € (PK + SK)
SHIA e. V. <sup>1)</sup>		siehe Anlage 6	34.880,00 € / 1 VK	6.988,00 €	3.990,00 € Miete 3,90 €/m² entspricht MS	41.856,00 € (PK + SK)
VAMV <sup>1)</sup>		siehe Anlage 6	36.261,00 € / 1 VK	7.550,00 €	3.600,00 € Miete 2,87 €/m² entspricht MS	41.856,00 € (PK + SK)
AndersARTiG e.V.	<b>Frauen</b>	siehe Anlage 6	34.880,00 € / 1 VK 6.175 € Minijob	13.954 €	10.380,00 € Miete 6,70 €/m² entspricht MS	48.000,00 € (PK+SK)
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (KUKMA)		siehe Anlage 4	36.450,00 € / 1 VK	6.375,00 €	1.560,00 € Miete 8,13 €/m² entspricht MS	42.825,00 € (PK+SK)
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.		siehe Anlage 4	34.973,00 € / 1 VK	10.519,00 €	5.947,00 € Miete <sup>2</sup> 10,90 €/m² entspricht MS	45.192,00 € (PK+SK)
Demokratischer Frauenbund Land Brandenburg e.V.		siehe Anlage 4	51.672,00 € / 1 VK	7.318,00 €	4.318,00 € Miete <sup>2</sup> 6,93 €/m² entspricht MS	39.922,00 € (PK+SK)
Brandenburger Landfrauenverband e. V.		siehe Anlage 4	39.000,00 € / 1VK	9.150,00 €	3.500,00 € Miete <sup>2</sup> 6,90 €/m² entspricht MS	40.630,00 € (PK+SK)
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. <sup>2</sup>	<b>Senioreninnen und Senioren</b>	siehe Anlage 7		2.600,00 €	keine Förderung von Mietkosten	2.300,00 € (SK)



Verband	Bereich	Fördergrunds. (FG)	förderfähige Personalkosten (PK) gesamt/ Höhe/ Stellenant. GF/übrige Stellenanteile Angaben in Euro	förderfähige Sachkosten (SK) gesamt Angaben in Euro	Miete gesamt/ pro m²/ zu m² keine Angaben/ Miete entspr. Mietspiegel ja/ nein /MS nicht vorhanden Angaben in Euro	davon bewilligter Landesanteil/gesamt Angaben in Euro
A	B	C	D	E	F	G
Alzheimer Gesellschaft LV (Überregion. Kontakt- und Beratungsstelle)		siehe Anlage 7	112.500,00 € / 2,1 VK	35.020,00 €	8.000,00 € Miete 10,78 €/m² entspricht MS	65.500,00 € (PK+SK)
Mukoviszidose LV Brandenburg e.V.	<b>Menschen mit Behinderungen</b>	siehe Anlage 7	22.789,62 € / 0,75 VK	4.805,00 €	2.975,40 € Miete 9,66 €/m² MS nicht vorhanden	15.000,00 € (PK+SK)
Allgemeiner Behindertenverband		siehe Anlage 7		20.200,00 €	2.200,00 € Miete (warm) 2,05 €/m² (kalt) MS nicht vorhanden	5.400,00 € (SK)
LAG Selbsthilfe Brandenburg e.V.		siehe Anlage 7	45.600,00 € / 1 VK	75.000,00 €	keine Förderung von Mietkosten	100.655,00 € (SK)
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft LV Brandenburg e. V.		siehe Anlage 7	22.020,00 € / 0,75 VK	4.920,00 €	2.920,00 € Miete 8,48 €/m² MS nicht vorhanden	19.100,00 € (PK+SK)
LAG der Werkstattträte		siehe Anlage 7		4.990,00 €	keine Förderung von Mietkosten	1.092,00 € (SK)
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e. V.		siehe Anlage 7	75111,86 € / 1,5 VK			70.000,00 € (PK)
ARGE Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung LV Brandenburg e. V. (Überreg. Arbeitsstelle Frühförderung)		siehe Anlage 5	78.594,88 € / 2 VK	31.665,03 €	6.480,00 € Miete 6,90 €/m² entspricht MS	104.568,00 € (PK+SK)

Anmerkungen:

<sup>1)</sup> Die Verbände der Alleinerziehenden SHIA und VAMV waren bis 2006 dem Bereich Frauen zugeordnet.

<sup>2)</sup> Landesanteil an Gesamtmiete

Anlage 2

05. Dez. 2003

### Interne Fördergrundsätze für die Bereiche

1. Organisationen und Verbände der Frauenpolitik
2. Familienverbände
3. Lesbisch – schwule Interessenvertretung

#### 1. Zuwendungszweck

Das Land gewährt Zuwendungen für:

##### 1. Organisationen und Verbände der Frauenpolitik

Ziel ist die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern entsprechend Artikel 12 der Verfassung des Landes Brandenburg und die Vertretung der Interessen von Frauen und Mädchen in bzw. gegenüber politischen Gremien des Landes und der Kommunen. Dafür wird der Erhalt der Vielfalt der landesweit wirksamen Strukturen der Mädchen- und Frauenpolitik angestrebt.

Zur Umsetzung sind folgende Maßnahmen geeignet:

- Beratungsleistungen und Unterstützungsangebote insbesondere zur gleich- und frauenpolitischen, sozialen, gesundheitlichen und beruflichen Situation von Frauen und Mädchen
- Aufbau und Unterstützung von Netzwerken
- Umsetzung und Begleitung von Maßnahmen und konkreten Projekten zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen, regionalen Initiativen und Vereinen
- Weiterbildungsprogramme zur beruflichen Integration von Frauen
- Sensibilisierung und Vorstellung von frauen- und Mädchenspezifischen Problemen in der Öffentlichkeit.

##### 2. Familienverbände

Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation von Familien, insbesondere von einkommensschwachen Familien und ihre Interessenvertretung in bzw. gegenüber politischen Gremien des Landes und der Kommunen. Die Grundlage bildet Artikel 26 der Verfassung des Landes Brandenburg zum Schutz von Ehe und Familie.

Dafür wird die Sicherung der verschiedenen eigenständigen familienpolitischen Strukturen angestrebt, die durch ihre Anregungen und Impulse Partner/innen für das Land sind und sich an der Durchsetzung familienpolitischer Ziele der Landesregierung beteiligen.

Zur Umsetzung sind folgende Maßnahmen geeignet:

- Information der Familien über konkrete Hilfsangebote; Beratung sowie eigenständige Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen
- Aufbau und Pflege von Netzwerken
- regelmäßige Durchführung von themen-, ressort- und verbandsübergreifenden Arbeitsberatungen im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände
- Herstellung und Pflege regelmäßiger Arbeitskontakte zu den Fachgremien in Politik und Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene
- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.



### 3. Lesbisch – schwule Interessenvertretung

Das Land fördert eine landesweit tätige Einrichtung als Informations- und Beratungsstelle für lesbisch/schwule Belange.

Ihre Ziele und Aufgaben entsprechen insbesondere den Artikeln 12 Abs. 2 und 26 Abs. 2 der Verfassung des Landes Brandenburg. Danach darf niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden und es wird die Schutzbedürftigkeit anderer auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften – dazu gehören gleichgeschlechtliche – anerkannt. An ihrer weiteren Tätigkeit besteht daher ein erhebliches Landesinteresse.

Zur Umsetzung sind folgende Maßnahmen geeignet:

- persönliche Beratung und direkte Lebenshilfe für Lesben und Schwule, Bi- und Transsexuelle sowie deren Eltern und Angehörige
- Organisation und Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen in Gruppen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen
- Begleitung von Schulaufklärungsprojekten, von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Coming-Out-Gruppen u. a.
- Beratung von politischen Verantwortungsträgern und Behörden in Fragen gleichgeschlechtlicher Lebensweise
- Aufbau und Führung von Kontaktstellen im Land (Netzwerk) zur Beratung, Betreuung und Information zu Lebensweisen und sozialen Fragen
- Aufklärung der Bevölkerung mittels Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit, incl. zur AIDS- und HIV-Problematik.

### 2. Zuwendungsempfänger

Gefördert werden Vereine und Verbände mit landesweiter Bedeutung, die im Vereinsregister eingetragen sind. Der Sitz kann ausnahmsweise auch außerhalb des Landes Brandenburg liegen, entscheidend ist, dass sich die Aktivitäten auf das Land Brandenburg richten.

### 3. Gegenstand der Förderung

Zuschüsse können gewährt werden für Personal- und Sachausgaben.

#### a) Personalausgaben

Als Obergrenze bei der Förderung von Personalausgaben gilt der Bundesangestelltentarif - Ost (BAT-O). Die Personalstellen können grundsätzlich bei entsprechender Tätigkeit bzw. Qualifikation bis zur Vergütungsgruppe IVb gefördert werden. Der Zuschuss kann bis zu 100 % der von der Ministerin der Finanzen für 1998 festgelegten Personalkostendurchschnittssätze betragen.

#### Ausnahmen

##### Zu 1.

Keine Ausnahmen.

##### Zu 2.

Soweit Personalausgaben bis zu 100 % der jährlich von der Ministerin der Finanzen festgelegten Personaldurchschnittskostensätze betragen, verringert sich der Zuschuss zu den Sachausgaben entspre-

chend.

Die Personalstelle des Geschäftsführers der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen wird aus Gründen des Bestandschutzes bis zu einer Neubesetzung nach BAT IVa finanziert.

Zu 3.

Die Personalstelle der Geschäftsführerin der LKS Potsdam wird aus Gründen des Bestandsschutzes bis zu einer Neubesetzung nach BAT-O IVa finanziert.

**b) Sachausgaben**

Zuschüsse für Sachausgaben können grundsätzlich bis zu einer Bemessungsgrenze von 20 % der vom Land geförderten Personalausgaben gewährt werden.

Als Sachausgaben werden grundsätzlich nur laufende Kosten gefördert. Darunter fallen:

- Ortsübliche Mieten und Mietnebenkosten
- Versicherungen (soweit gesetzlich vorgeschrieben) und Kfz-Steuern
- Bürobedarf, Telefon, Porto
- Fahrtkosten, bis zur Höhe der Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes
- Kosten für Instandhaltung von technischen Geräten, Einrichtungsgegenständen
- Honorare grundsätzlich bis zur Höhe von 27 € pro Stunde (Stundensatz und Anzahl der vorgesehenen Stunden sind anzugeben)
- Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus können ausnahmsweise gefördert werden:

- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Literatur
- Ersatzbeschaffung, wenn der Antragsteller nachweislich keine anderen Möglichkeiten der Finanzierung, des Zugriffs oder der Nutzung hat.

**Ausnahmen**

Zu 1.

Keine Ausnahmen.

Zu 2.

Sachausgaben können bis zu 100 % gefördert werden. In diesem Fall verringert sich der Zuschuss zu den Personalausgaben entsprechend.

Zu 3.

Ausnahmsweise können höhere Sachausgaben (mehr als 20 % der PK) anerkannt werden, soweit dies auf notwendige Honorarkosten für Beratung und Betreuung schwuler Männer und zur Durchführung des Christopher-Street-Day's zurückzuführen ist. (Eine Beratung schwuler Männer kann notwendig werden, wenn diese ihre Situation als Mann nicht mit der Geschäftsstellenleiterin besprechen können oder wollen.)

Nicht förderfähig sind Honorarzahlen für Angehörige des öffentlichen Dienstes, die in ihrer Arbeitszeit tätig werden sowie für Mandatsträgerinnen und -träger des Bundes und der Länder. Verpflegungskosten sind nicht zuwendungsfähig.



07/17  
01.02.2017

Darüber hinaus können im Rahmen von Einzelfallentscheidungen weitere Ausnahmen zugelassen werden.

#### 4. Finanzierungsart

Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung in Form der Fehlbedarfsfinanzierung.

#### 5. Verfahren

Für das Bewilligungsverfahren gilt § 23 in Verbindung mit § 44 LHO.

KOPIE

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Familie des Landes Brandenburg  
Referat 23

19. Dezember 2005

Fördergrundsätze des MASGF für die Gewährung von Zuwendungen an Landesverbände im sozialen Bereich (Kapitel 07 070 Titel 684 11)

**1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

- 1.1 Das Land Brandenburg gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze und der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen an Landesverbände im sozialen Bereich.
- 1.2 Die Förderung zielt auf die Wahrnehmung von Selbstbestimmung und Teilhabe der Betroffenen in allen Lebensbereichen. Die im sozialen Bereich tätigen Landesverbände sollen insbesondere
- durch fachliche Anleitung und Koordinierung der Tätigkeit von lokalen Verbandsorganisationen und Mitgliedern die Selbsthilfeaktivitäten der Betroffenen unterstützen,
  - die Interessen von Menschen in spezifischen sozialen Lebenslagen bündeln und gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber staatlichen Stellen vertreten,
  - die Diskussion um identifikationsfähige Leit- und Zukunftsvorstellungen durch moderne Konzepte für soziale Dienste anregen,
  - fachlich kompetent und aus dem Blickwinkel der Betroffenen die Landesregierung bei der Weiterentwicklung und Umsetzung von staatlichen Hilfeangeboten beraten.

**2. Gegenstand der Förderung**

Die Zuwendungen werden gewährt für die notwendigen Sachausgaben der Geschäftsstelle des Landesverbandes bzw. zur Absicherung der Verbandsarbeit des Landesverbandes.

**3. Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger können sein:

- Landesverbände der Freien Wohlfahrtspflege, soweit sie keine Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind,
- landesweit bzw. überregional tätige eingetragene gemeinnützige Verbände und Vereine,
- landesweit bzw. überregional tätige Vereinigungen und Gruppen, soweit sie als gemeinnützig nach der Abgabenordnung anerkannt sind,
- nicht rechtsfähige Untergliederungen von Bundesverbänden  
In diesem Fall muss durch eine entsprechende Vollmacht des Bundesverbandes nachgewiesen werden, dass die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist.

#### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Förderung der vorgenannten Berechtigten ist an die Bedingung gebunden, dass sie eine landesweite Aktivität nachweisen. Eine landesweite Aktivität ist gegeben, wenn der jeweilige Landesverband mindestens in einem Drittel der Landkreise/kreisfreien Städte des Landes Brandenburg tätig ist. Der Nachweis dafür ist insbesondere gegeben, wenn

- der Landesverband regionale Untergliederungen hat oder regionale Unterververtretungen aufweist oder
- die Interessen seiner Mitglieder landesweit wahrnimmt oder
- landesweite Projekte durchführt oder unterhält, wie z. B. Veranstaltungen, Beratungsangebote und andere Leistungen für seine Mitglieder.

#### 5. Art und Umfang der Förderung

##### 5.1 Zuwendungsart und Form der Zuwendung:

Die Zuwendungen werden als Zuschüsse zur Projektförderung gewährt.

##### 5.2 Finanzierungsart:

Zuschüsse bis einschließlich 8.000 € sind als Festbetragsfinanzierung zu bewilligen, Zuschüsse über 8.000 € als Fehlbedarfsfinanzierung. Sofern der Zuschuss an einen Dachverband oder eine Arbeitsgemeinschaft erfolgt und Teilbeträge zur Weitergabe an rechtlich selbstständige Vereine bestimmt sind, kann die Förderung ebenfalls durch Festbetragsfinanzierung erfolgen, sofern die jeweiligen Teilbeträge 8.000 € nicht übersteigen.

##### 5.3 Zuwendungsfähige Ausgaben/Eigenmitteleinsatz:

Grundlage für die Bemessung der Zuwendung sind die voraussichtlichen kassenmäßigen Einnahmen und die von der Bewilligungsbehörde als notwendig anerkannten Ausgaben des Zuwendungsempfängers für

- Miet- und Mietnebenkosten für Räume
- Renovierungskosten
- Miet- und Wartungskosten für Geräte
- Beiträge für gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen
- Beiträge für freiwillige Versicherungen, soweit sie dem Grunde nach erforderlich und der Höhe nach angemessen sind  
Dies ist im Antragsprüfvermerk entsprechend festzuhalten.
- Büromaterial, Geschäftsbedarf
- Telefon- und Portokosten



- Reisekosten
- Honorarkosten
- Fachliteratur
- Öffentlichkeitsarbeit.

Der Antragsteller soll Eigenmittel in Höhe von mindestens 20 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nachweisen. In begründeten Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden. Eine Ausnahme ist z. B. bei Verbänden mit einer kleinen Mitgliederzahl, auf Grund sozialer Erwägungen, geringen Mitgliedsbeiträgen und trotz nachweislicher Bemühungen geringen Spendeneinnahmen möglich. Die Begründung der Ausnahme ist im Antragsprüfvermerk festzuhalten.

Bei der Bemessung der zuwendungsfähigen Ausgaben sind Regelungen des Landeshaushaltsrechts (z. B. Bestimmungen zu Dienstreisen, Fahrtkosten und anderes) entsprechend zu beachten.

#### 5.4 Zuwendungszeitraum:

Der Zuwendungszeitraum umfasst das jeweils laufende Haushaltsjahr.

#### 6. Weiterleitung von Zuwendungen durch den Zuwendungsempfänger gemäß Nr. 12 VV zu § 44 LHO

Dachverbände oder Arbeitsgemeinschaften können als Erstempfänger der Zuwendung durch den Zuwendungsbescheid ermächtigt werden, die Zuwendung ganz oder teilweise in privatrechtlicher Form an ihre Mitglieder als Letztempfänger der Zuwendung zweckbestimmt weiterzuleiten.

Voraussetzung dafür ist, dass

- der Antragsteller die Einzelanträge der Letztempfänger vorgeprüft hat,
- der Antrag eine Aufteilung der insgesamt beantragten Mittel auf die einzelnen Verbände mit detaillierten verbindlichen Finanzierungsplänen und -modalitäten entsprechend den von den Letztempfängern beantragten Mitteln enthält,
- die Weitergabe der Mittel auf der Grundlage eines privatrechtlichen Vertrages entsprechend den Bestimmungen nach Nr. 12.5 VV zu § 44 LHO erfolgt.

Sind rechtlich unselbstständige Vereine oder Selbsthilfegruppen als Letztempfänger vorgesehen, so ist durch Vollmacht des jeweiligen rechtlich selbstständigen Dachverbandes nachzuweisen, dass die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist.

Ist ein solcher nicht vorhanden, kann die Mittelausreichung an den Letztempfänger auf Beleggrundlage (Erstattungsverfahren) erfolgen.

#### 7. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 7.1 In die Zuwendungsbescheide ist die Auflage aufzunehmen, dass die Landesverbände sicherzustellen haben, dass keine Doppelförderung erfolgt. Sofern ein Landesverband zusätzliche Fördermittel für einen oder mehrere andere Zuwendungszwecke erhält (z. B. für ein konkretes abge-

grenztes Projekt in seiner Trägerschaft wie eine Beratungsstelle oder ein anderes über die übliche Verbandsarbeit hinausgehendes Vorhaben), hat er eine klare Ausgabenbezogene Abgrenzung zwischen den einzelnen Förderzwecken zu gewährleisten.

- 7.2 Bei Zuwendungen bis zu 25.000 € ist in der Regel ein einfacher Verwendungsnachweis vom Zuwendungsempfänger zu verlangen (vgl. Nr. 10.2. VV zu § 44 LHO). Dies gilt auch bei der Weiterleitung von Zuwendungen, sofern die an die Letztempfänger weitergeleiteten Teilbeträge unter 25.000 € liegen.

## 8. Projektdokumentation

Durch die Bewilligungsbehörde ist jährlich zum 30. September eine Projektdokumentation über das vorangegangene Haushaltsjahr mit dem Ziel vorzunehmen, einen ständigen Überblick über die Ergebnisse der Förderung zu ermöglichen und damit die Transparenz der gesamten Fördermaßnahmen und die gegenseitige Beratung und Information zwischen LASV und MASGF sicherzustellen.

Hierzu sind die Sachberichte der Zuwendungsempfänger im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung zeitnah auszuwerten und Vergleiche zum Vorjahr herzustellen und zu bewerten. Die Auswertungsergebnisse sind dem zuständigen Fachreferat im MASGF nach abgeschlossener Verwendungsnachweisprüfung zwecks Vorbereitung der Förderentscheidung für das Folgejahr rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Die Auswertung soll insbesondere folgende Daten und inhaltliche Schwerpunkte umfassen:

Einschätzung, ob

- der Zweck der Maßnahme als erfüllt anzusehen ist,
- es Abweichungen vom Finanzierungsplan gab,
- die verausgabte Zuwendung zur Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig war,
- die Zuwendung wirtschaftlich und sparsam verwendet wurde.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Bezeichnung des Landesverbandes
- Mitgliedschaft in einem Spitzenverband/anderem Träger
- Mitgliederzahl und Höhe des Mitgliedsbeitrages
- Zuwendungsbetrag im Berichtsjahr
- Dauer der Förderung nach Jahren (bei mehrjähriger Förderung: Zuwendungsbetrag der Vorjahre insgesamt)
- wesentliche Verbandsaktivitäten (Durchführung von Schulungen, Anleitungen, Erfahrungsaustauschen).

- Durchführung landesweiter Veranstaltungen unter Angabe von Themen, Zielgruppen und Ergebnissen
- Beteiligung an Rechtssetzungsvorhaben
- Öffentlichkeitsarbeit

#### 9. Zuständigkeiten/Verfahren

Die Entgegennahme und Prüfung der Förderanträge, die Abwicklung des Bewilligungsverfahrens, die Auszahlung und Abrechnung der Haushaltsmittel, die Prüfung der Verwendungsnachweise, - soweit erforderlich - die Rücknahme oder der Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie die Geltendmachung von Erstattungs- und Zinsansprüchen und das Erstellen der Projektdokumentation für das MASGF obliegen dem

Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)  
Dez. 14 „Förder- und Pflichtaufgaben“  
Lipezker Str. 45  
03048 Cottbus

In Fällen von grundsätzlicher Bedeutung ist das Bewilligungsverfahren mit dem zuständigen Fachreferat im MASGF abzustimmen.

#### 10. In-Kraft-Treten

Diese Fördergrundsätze treten zum 01.01.2006 in Kraft. Gleichzeitig treten die Fördergrundsätze vom 10.07.1997 außer Kraft.

  
Eva Kunz



Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Familie des Landes Brandenburg  
Referat 31A

1. Oktober 2009

**Interne Fördergrundsätze des MASGF für die Gewährung von Zuwendungen für Frauenverbände und -vereine im Bereich des Referates 31 A (Kapitel 07 080 Titel 684 65)**

**1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

Das Land Brandenburg gewährt nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze und der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen an Verbände und Vereine der Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie der außerschulischen Mädchenarbeit zur Förderung ihrer Arbeit.

Zuwendungen sind freiwillige Leistungen des Landes. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde (Ziffer 7.1) auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel sowie nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze.

**2. Gegenstand und Ziel der Förderung**

- 2.1 Gegenstand der Förderung sind die im Einzelfall notwendigen Personal- und Sachausgaben der Geschäftsstelle des Verbandes/Vereins bzw. zur Sicherung der Verbands- bzw. der Vereinsarbeit.
- 2.2 Ziel ist die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Vertretung der Interessen von Frauen und Mädchen in bzw. gegenüber politischen Gremien des Landes und der Kommunen. Dafür wird die Sicherung der verschiedenen eigenständigen frauen- und gleichstellungspolitischen Strukturen angestrebt, die durch ihre Anregungen und Impulse Partner für das Land sind und sich an der Durchsetzung frauen- und gleichstellungspolitischer Ziele der Landesregierung beteiligen.

Inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit der Frauenverbände und -vereine sollen insbesondere sein:

- Beratungsleistungen und Unterstützungsangebote für Frauen und Mädchen zu frauen- und gleichstellungspolitischen, sozialen, gesundheitlichen sowie wirtschaftlichen Themen
- Umsetzung frauen- und gleichstellungspolitischer Zielsetzungen der Landesregierung, insbesondere Information zu den Maßnahmen, Eröffnung von Möglichkeiten zu deren Nutzung
- Konzipierung und Umsetzung von eigenen Projekten
- Erfahrungsaustausch mit anderen Trägerstrukturen mit dem Ziel Best Practice Beispiele landesweit zu etablieren
- Aufbau von und Kooperation mit Netzwerken
- Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen und Sensibilisierungsarbeit zu frauen- und gleichstellungspolitischen Themen
- Gremienarbeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene



### 3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können landesweit bzw. überregional tätige, eingetragene gemeinnützige Verbände, Vereine und Koordinierungsstellen mit Sitz im Land Brandenburg sein. Abweichend hiervon können aber auch Verbände, Vereine und Koordinierungsstellen mit Sitz außerhalb des Landes Brandenburg gefördert werden, wenn sich die Aktivitäten auf das Land Brandenburg richten.

Gefördert werden:

- Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.
- Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (Kontakt- und Koordinierungsstelle für außerschulische Mädchenarbeit im Land Brandenburg (KuKMA))
- Demokratischer Frauenbund Landesverband Brandenburg e. V.
- Brandenburgischer Landfrauenverband e. V.

### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Vor Bewilligung einer Zuwendung an einen Verband / Verein ist ein positives Votum des MASGF/Ref. 31A zum Gesamtkonzept und zum Finanzierungsplan der jeweiligen Einrichtung erforderlich. Das Konzept soll die unter 2. genannten inhaltlichen Schwerpunkte enthalten und die Maßnahme ausreichend begründen.
- 4.2 Der Verband/Verein muss landesweit bzw. überregional tätig sein. Aktivitäten, Veranstaltungen u. ä. müssen grundsätzlich im Land Brandenburg stattfinden.
- 4.3 Der Antragsteller
  - a) legt der Bewilligungsbehörde rechtzeitig vor Beginn des Maßnahmezeitraums den Entwurf einer Arbeitsplanung zur Bestätigung vor;
  - b) stimmt den eingereichten Entwurf zu Beginn des Maßnahmezeitraums mit dem MASGF/Ref. 31A ab
  - c) reicht nach Ablauf des Maßnahmezeitraums einen Bericht bei der Bewilligungsbehörde ein, der Auskunft zum Sachstand durchgeführter und laufender Maßnahmen gibt.
- 4.4 Voraussetzung für die Förderung durch das Land ist die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Verbandes/Vereins. Der Antragsteller soll Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nachweisen. In begründeten Einzelfällen, z. B.
  - bei Verbänden/Vereinen mit wenigen Mitgliedern,
  - bei geringen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen bzw.
  - aufgrund von sozialen Erwägungen
 kann hiervon abgewichen werden. Die Entscheidung hierüber obliegt der zuständigen Bewilligungsbehörde. Kann der Antragsteller keine Eigenmittel beibringen, so hat er dies zu begründen.
- 4.5. Der Verband/Verein gewährleistet für den gesamten Maßnahmezeitraum die Einhaltung der mit dem MASGF/Ref. 31A abgestimmten Qualitätskriterien und Zielstellungen im Jahresarbeitsplan entsprechend der jeweiligen Anlage zu diesen Grundsätzen.
- 4.6 Alle Entscheidungen der Bewilligungsbehörde, die im Einzelfall abweichend von diesen Fördergrundsätzen getroffen werden (Ausnahmeregelungen), sind aktenkundig festzuhalten und zu begründen.

## 5. Art und Umfang der Förderung

- 5.1 Zuwendungsart: Projektförderung
- 5.2 Finanzierungsart: in der Regel Festbetragsfinanzierung
- 5.3 Form der Zuwendung: Zuschuss
- 5.4 Bemessungsgrundlage und Höhe der Zuwendung:

Zuwendungsfähige Ausgaben sind Personal- und Sachkosten.

### 5.4.1 Personalkosten

Bei der Förderung von Personalausgaben ist die Bemessungsgrundlage der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder für das Tarifgebiet Ost (TV-L). Als Obergrenze für die Förderung von Personalausgaben der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers des Verbandes/Vereins gilt die vom Ministerium der Finanzen festgelegte Höhe der Personaldurchschnittskosten für Tarifbeschäftigte vom 01.05.2008 der Entgeltgruppe E 9. Förderfähig sind max. bis zu 80 % einer Personalstelle pro Verband/Verein.

Voraussetzung der Förderung der Personalkosten ist eine entsprechende Tätigkeit bzw. Qualifikation. Entsprechende Tätigkeitsdarstellungen und Arbeitsverträge müssen vorliegen.

### 5.4.2 Sachkosten:

Bei einer Finanzierung der Personalkosten können Sachkosten in einer Höhe von bis zu 20% der bewilligten Personalausgaben gefördert werden. Abweichungen sind in begründeten Fällen möglich.

Als Sachkosten sind grundsätzlich förderfähig:

#### ➤ **Honorarkosten**

werden hinsichtlich der Förderfähigkeit nach den Bedingungen des Einzelfalls beurteilt. Die Höhe der Vergütung ist von der Leistung und der für die Durchführung erforderlichen Qualifikation der Honorarkraft abhängig. Dabei sollen Ausbildung, Erfahrung und Sachkenntnis sowie Umfang und Schwierigkeitsgrad der Leistung ausreichend zur Beurteilung dargestellt werden. Die Vergütung soll in der Regel alle mit der Honorartätigkeit verbundenen Arbeiten und Aufwendungen einschließen.

Honorarzahlen an Personen in der regulären Arbeitszeit im Zusammenhang mit Ihrem Hauptamt sind ausgeschlossen. Das trifft auch für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des Bundes, der Länder und Kommunen zu.

#### ➤ **Miet- und Mietnebenkosten**

sind in vollem Umfang förderfähig, wenn sie ortsüblich sind. Es ist zu berücksichtigen, dass die Räumlichkeiten notwendig und angemessen sind.

#### ➤ **Fahrkosten**

sind maximal bis zur Höhe der Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) förderfähig.



- **Kosten für Pflichtversicherungen**  
wie Haftpflichtversicherung, Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Beiträge für freiwillige Versicherungen, soweit sie dem Grunde nach erforderlich und der Höhe nach angemessen sind, sind förderfähig.
- **Kosten für Büro- und Verbrauchsmaterial einschließlich Fachliteratur, Porto- und Telefonkosten sowie Kosten für Öffentlichkeitsarbeit**  
sind bedingt im notwendigen Umfang förderfähig.
- **Übernachtungs-, Verpflegungs- und Bewirtungskosten**  
sind grundsätzlich nicht förderfähig. In begründeten Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden.
- **Miet-, Wartungs- und Instandhaltungskosten für Geräte sowie Ersatzbeschaffung**  
sind förderfähig, wenn der Antragsteller keine anderen Möglichkeiten der Finanzierung, des Zugriffs oder der Nutzung hat.

#### 5.5 Förderdauer

Die Förderung umfasst in der Regel das gesamte laufende Haushaltsjahr.

#### 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Es ist sicherzustellen, dass die Verbände / Vereine keine Doppelförderung durch kommunale Stellen für in diesen Fördergrundsätzen genannten Zwecke erhalten. Sofern ein Verband / Verein zusätzliche Fördermittel für einen oder mehrere anderewendungszwecke erhält, hat dieser eine klare ausgabenbezogene Abgrenzung zwischen den einzelnen Förderzwecken zu gewährleisten. Entsprechende Nachweise können angefordert werden.
- 6.2 Im Zusammenhang mit dem Verwendungsnachweisverfahren ist ein ausführlicher Sachbericht beizufügen, der detaillierte Auflistungen zu den durchgeführten Beratungen, Angeboten und Veranstaltungen (Termin, Inhalt, zeitlicher Umfang, Teilnehmerlisten etc.) enthalten muss. Die Bewilligungsbehörde kann entsprechende Tabellen, Musterblätter o. ä. vorgeben.

#### 7. Verfahren

- 7.1 Zuwendungsanträge sind schriftlich bei der zuständigen Bewilligungsbehörde, dem

**Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)**  
**Dezernat 64 „Förder- und Pflichtaufgaben“**  
**Postfach 100 123**  
**03001 Cottbus**

zu stellen.

- 7.2 Anträge auf Gewährung von Zuwendungen sind mit allen notwendigen Unterlagen der Bewilligungsbehörde bis spätestens 30. Oktober des vorausgehenden Haushaltsjahres vorzulegen.
- 7.3 Hinsichtlich der gemäß Nr. 11a der VV zu § 44 LHO durchzuführenden Erfolgskontrolle dient der unter Ziffer 4.5 genannte und abgestimmte Jahresarbeitsplan als Grundlage für die Prüfung der Zielerreichung im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung.

- 7.4 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VVG zu § 44 LHO, soweit nicht in diesen Fördergrundsätzen Abweichungen zugelassen worden sind.

Das Nähere wird im Zuwendungsbescheid geregelt.

## **8. In-Kraft-Treten, Schlussbestimmungen**

- 8.1 Diese Fördergrundsätze treten am 01. November 2009 in Kraft.
- 8.2 In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen von den Fördergrundsätzen zugelassen werden. Sie bedürfen der einvernehmlichen Abstimmung zwischen den MASGF/Referat 31A und der Bewilligungsbehörde und sind aktenkundig zu vermerken.
- 8.3 Die Fördergrundsätze werden bei Bedarf überprüft und fortgeschrieben.

Potsdam, den

Unterschrift RL' in 31A

Stand 17.12.2008

1

**Grundsätze des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie  
(MASGF) und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)  
für die Gewährung von Zuwendungen aus Kapitel 07 040 Titel 684 80 sowie  
aus Kapitel 05 050 und Titel 684 60 zur Förderung  
der interdisziplinären Früherkennung und Frühförderung  
im Land Brandenburg**

**1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

- 1.1. Das Land kann nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze und der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) i. V. m. den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) Zuwendungen zur Förderung der Überregionalen Arbeitsstelle Frühförderung (ÜAST FF) im Land Brandenburg gewähren.

Zuwendungen sind freiwillige Leistungen des Landes. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde (Ziffer 6.1) entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze.

- 1.2. Aufgabe der ÜAST FF ist es, die Zusammenarbeit der Berufsgruppen und Einrichtungen landesweit auf dem Gebiet der Früherkennung und Frühförderung zu fördern. Dabei steht Kooperation, interdisziplinäres Fallmanagement und ein qualitätsgerechtes Angebot in allen Regionen des Landes im Vordergrund.

**2. Gegenstand der Förderung**

- 2.1. Gegenstand der Förderung ist die Finanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten der „Überregionalen Arbeitsstelle Frühförderung Brandenburg“.
- 2.2. Die in der „Interministeriellen Arbeitsgruppe Frühförderung“ (IMAG FF) mitwirkenden Abteilungen Jugend, Gesundheit und Soziales legen einvernehmlich die Arbeitsinhalte der ÜAST FF nach Abstimmung mit dem Träger der Arbeitsstelle fest. Über die Arbeitsplanung hinausgehende Aufgaben werden vom MASGF (Ref. 41) i. A. der IMAG FF an die ÜAST FF weitergeleitet.

Zur Durchführung von außerplanmäßigen Aufgaben (Projekte, Tagungen oder Fachveranstaltungen mit landesweiter Bedeutung) sind gesonderte Anträge an die Bewilligungsbehörde (Ziffer 6.1) zu richten. Die Ziffer 4.2 gilt entsprechend.

**3. Zuwendungsempfänger**

Träger der ÜAST FF und Zuwendungsempfänger ist die Arbeitsgemeinschaft Frühförderung Brandenburg GbR (ARGE Frühförderung), deren Mitglieder

Stand: 17.12.2008



- die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Brandenburg e.V.,
- der Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V. und
- die Vereinigung für interdisziplinäre Frühförderung (VIFF), Landesverband Berlin-Brandenburg

sind und die derzeit durch den Landesverband der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Brandenburg e.V. vertreten wird.

#### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Die ÜAST FF legt der IMAG FF
- a) rechtzeitig vor Beginn des Maßnahmezeitraums den Entwurf einer Arbeitsplanung zur Bestätigung und
  - b) nach Ablauf des Maßnahmezeitraumes einen Sachbericht vor, der Auskunft zum Sachstand durchgeführter und laufender Maßnahmen gibt.
- 4.2 Vor Bewilligung einer Zuwendung zur Förderung der ÜAST FF ist ein positives Votum der IMAG FF erforderlich.
- 4.3 Im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben stimmt sich die ÜAST FF in grundsätzlichen Fragen mit der IMAG FF ab.
- 4.4 Eigenmittel des Trägers in Höhe von mindestens 10 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben sind einzusetzen. In begründeten Einzelfällen kann hiervon abgewichen werden. Hierüber entscheidet die zuständige Bewilligungsbehörde. Die Begründung für die Ausnahme ist in einem Prüfvermerk festzuhalten.

#### 5. Art und Umfang der Förderung

##### 5.1 Zuwendungsart:

Projektförderung

##### 5.2 Finanzierungsart

Die Zuwendungen werden als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt.

##### 5.3 Form der Zuwendung

Zuschuss

##### 5.4. Zuwendungsfähige Ausgaben sind:

- a) Personalausgaben,
  - für die Leitung und
  - für die Verwaltung

- b) Sachausgaben
- Verwaltungsausgaben
  - Reisekosten
  - Kosten für Veranstaltungen für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
  - Kosten für Öffentlichkeitsarbeit
  - Aufwandsentschädigungen
  - Miete / Betriebskosten/ Reparatur- und Wartungskosten

zu a) Personalausgaben sind in Anlehnung an TV-L max. in Höhe der Entgeltgruppe 11 TV-L für die Leitung der ÜAST FF und max. in Höhe der Entgeltgruppe 5 TV-L für die Verwaltung zuwendungsfähig.

Veränderungen zum Arbeitsvertrag und zur Tätigkeitsdarstellung der MitarbeiterInnen sind mit der Bewilligungsbehörde vorab abzustimmen und der IMAG schriftlich mitzuteilen.

Eine Eingruppierung über der Entgeltgruppe 11 bzw. 5 TV-L oder eine spätere Höhergruppierung sind entsprechend Punkt 1.3 der ANBest-P nicht zulässig.

#### zu b) Sachausgaben

Grundlage für die Bemessung der Sachausgaben sind die voraussichtlichen kassenmäßigen Einnahmen und die von der Bewilligungsbehörde unter Beachtung des Besserstellungsverbot als notwendig anerkannten Ausgaben der ÜAST FF für:

#### Verwaltungsausgaben

Darunter zählen Ausgaben für Porto/ Telefongebühren, Büro- und Wirtschaftsbedarf, Broschüren und sonstige Informationsmaterialien und Finanzbuchführung.

Zusätzlich kann für die Tätigkeit der ARGE, z. Z. ausgeführt durch Lebenshilfe e.V., eine Verwaltungskostenpauschale gewährt werden. Derzeit ist für diesen Zweck ein Betrag von 5.000 € festgesetzt, dessen Verwendung der Bewilligungsbehörde mit Nachweisen/ Belegen zu untersetzen ist.

#### Reisekosten

Es werden Reisekosten im Rahmen des Arbeitsauftrages übernommen für:

- Fachtagungen zur Früherkennung und Frühförderung im Land Brandenburg
- Sitzungen des landesweiten „Arbeitskreises Frühförderung“ und Sitzungen der regionalen „Arbeitskreise Frühförderung“
- Beratungstermine insbesondere mit Sozialämtern, Jugendämtern, Gesundheitsämtern, Frühförder- und Beratungsstellen, Sonderpädagogischen Förder- und Beratungsstellen, Sonderpädagogischen Beratungszentren und Integrationskindertagesstätten, Sozialpädiatrische Zentren
- halbjährliche Treffen aller Überregionalen Arbeitsstellen Frühförderung Deutschlands
- die Beteiligung am Bündnis „Gesund Aufwachsen in Brandenburg“
- Fortbildungen der MitarbeiterInnen



Die Notwendigkeit für darüber hinausgehende Dienstreisen ist vorab mit der IMAG FF abzustimmen und von ihr zu bestätigen.

Die Vergütung der Auslagen erfolgt auf der Grundlage des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Landes Brandenburg zum BRKG (BbgBRKGVwV) in der jeweils geltenden Fassung.

Aufgrund der überwiegenden Tätigkeiten innerhalb des Landes Brandenburg und der damit verbundenen überdurchschnittlichen dienstlichen Reisetätigkeit können nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit die Kosten für eine VBB-Gesamtnetz-Jahreskarte des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg für die Leitung der ÜAST FF übernommen werden.

Die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges der MitarbeiterInnen liegt ausschließlich in deren Verantwortung. Ein Ersatz von Sachschäden einschließlich der Schäden am eigenen Kraftfahrzeug sowie die Gewährung von Unfallfürsorge sind damit ausgeschlossen.

#### Veranstaltungen für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Ausgaben für Veranstaltungen zur Fort- und Weiterbildung für in der Frühförderung tätige Dritte sind nur dann zuwendungsfähig, wenn die IMAG FF das Landesinteresse an der Förderung dieser Maßnahmen vorab bestätigt hat.

Für die Durchführung von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen sind Teilnehmergebühren zu erheben. Kosten wie Raummiete, Honorare für Referenten u. a. m. sind vorrangig aus den Einnahmen zu begleichen. Durch den Zuwendungsempfänger ist sicherzustellen, dass eine finanzplanbezogene Abgrenzung dieser Kosten gegenüber den laufenden Ausgaben der Geschäftsstelle erfolgt.

Die MitarbeiterInnen der ÜAST FF nehmen im Benehmen mit der IMAG FF jährlich an Fortbildungen zur Verbesserung der eigenen Qualifikation teil.

#### Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind die Regelungen der Verdingungsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen - (VOL) und der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) einzuhalten.

#### Aufwandsentschädigungen

Zahlungen von Aufwandsentschädigungen an ehrenamtliche Mitglieder des interdisziplinären Frühförderbeirates sind entsprechend der Entscheidung in der IMAG FF vom 27.11.2007 förderfähig, wenn die fachspezifischen Beratungsleistungen zur interdisziplinären Weiterentwicklung der Frühförderung beitragen und die Aufwandsentschädigungen der Höhe nach wirtschaftlich und angemessen sind.

#### Miete/ Betriebskosten/ Reparatur- und Wartungskosten

Zuwendungsfähig sind Ausgaben für ortsübliche Mietkosten von Geschäftsräumen in angemessener Größe sowie damit verbundene Betriebskosten. Die Prüfung der Angemessenheit angemieteter Flächen erfolgt in Anlehnung an die geltenden Richtwerte des Landes Brandenburg für Raum- und Flächennormen. Abweichungen von den Richtwerten sind im Prüfvermerk zu begründen.

Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere Ausgaben für:

- Blumen und Präsente
- Verpflegung / Bewirtungskosten
- Kosten für gesellige Veranstaltungen
- Aufgaben von Verbänden und anderen Institutionen in der Frühförderung
- Kosten, die im kausalen Zusammenhang mit der Tätigkeit anderer Verbände stehen
- Reisekosten zu Vorstandssitzungen anderer Verbände.

Grundsätzlich ausgeschlossen sind Honorarverträge mit fest angestellten Mitarbeitern ohne Nachweis einer Freistellung.

5.5 Förderdauer:

Die Förderung umfasst das gesamte laufende Haushaltsjahr.

6. Verfahren

- 6.1 Zuwendungsanträge sind schriftlich bei der zuständigen Bewilligungsbehörde, dem

**Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)**  
**Dezernat 64 „Förder- und Pflichtaufgaben“**  
**Postfach 100123**  
**03001 Cottbus**

zu stellen.

- 6.2 Anträge auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ÜAST FF im Land Brandenburg sind mit allen notwendigen Unterlagen (ausschließlich des von der IMAG FF zu bestätigenden Arbeitsplanes) der zuständigen Bewilligungsbehörde bis zum 30. September des vorausgehenden Haushaltsjahres vorzulegen. Bei später eingehenden Anträgen entscheidet die zuständige Bewilligungsbehörde im Rahmen noch verfügbarer Haushaltsmittel über eine Aufnahme in die Förderung des jeweiligen Jahres.
- 6.3 Die Bewilligung, Auszahlung und Verwendungsnachweisprüfung der Zuwendungen erfolgt durch die zuständige Bewilligungsbehörde nach den VV zu 44 LHO i. V. m. den ANBest-P.

Das Nähere wird im Zuwendungsbescheid geregelt.

7. In-Kraft-Treten, Schlussbestimmungen

7.1 Diese Fördergrundsätze treten am 01. Januar 2009 in Kraft.

7.2 In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen von den Fördergrundsätzen zugelassen werden. Sie bedürfen der einvernehmlichen Abstimmung zwischen der IMAG FF und der Bewilligungsbehörde und sind aktenkundig zu vermerken.

7.3 Die Fördergrundsätze werden bei Bedarf überprüft und fortgeschrieben.

Potsdam, den 22.12.2008



Unterschrift  
Dr. Car Christian von Braunmühl

(MASGF)



Unterschrift  
Ulrike Klevenz

(MBJS)



Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen  
und Familie des Landes Brandenburg  
Referat 22

01. Dezember 2009

**Interne Fördergrundsätze des MASF für die Gewährung von Zuwendungen an Verbände und Vereine aus dem Bereich des Referates Familienpolitik und Lebenspartnerschaften**  
(Kapitel: 07 080 Titel: 684 65)

## **1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

Das Land Brandenburg gewährt nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze und der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen an Verbände und Vereine der Familienpolitik sowie an eine Lesbisch – schwule Interessenvertretung zur Förderung ihrer Arbeit.

Zuwendungen sind freiwillige Leistungen des Landes. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde (Ziffer 7.1) auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel sowie nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze.

## **2. Gegenstand und Ziel der Förderung**

2.1 Gegenstand der Förderung sind die im Einzelfall notwendigen Personal- und Sachausgaben der Geschäftsstelle des Verbandes/Vereins bzw. zur Sicherung der Verbands- bzw. der Vereinsarbeit.

### **2.2 Förderung von Verbänden und Vereinen der Familienpolitik**

Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation von Familien, Hilfestellung und Beratung. Des Weiteren soll die Umsetzung und Nutzung der Maßnahmen des familienpolitischen Programms unterstützt werden.

Dafür wird die Sicherung der verschiedenen eigenständigen familienpolitischen Strukturen angestrebt, die durch ihre Anregungen und Impulse Partner für das Land sind und sich an der Durchsetzung familienpolitischer Ziele der Landesregierung beteiligen.

Inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit der Familienverbände und -vereine sollen insbesondere sein:

- Beratung von Familien zu unterschiedlichen familienrelevanten Themen
- Umsetzung familienpolitischer Zielsetzungen der Landesregierung, insbesondere Information zu den Maßnahmen, Eröffnung von Möglichkeiten zu deren Nutzung
- Konzentration auf Maßnahmen zur Familienbildung auch im Zusammenarbeit mit anderen Trägerstrukturen; Konzipierung und Umsetzung von eigenen Projekten
- Erfahrungsaustausch mit anderen Trägerstrukturen mit dem Ziel, Best Practice Beispiele landesweit zu etablieren
- Aufbau von und Kooperation mit Netzwerken
- Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen u. ä.
- Gremienarbeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene

### 2.3 Förderung einer Lesbisch – schwulen Interessenvertretung

Das Land fördert eine landesweit tätige Einrichtung als Informations- und Beratungsstelle für lesbisch/schwule Belange. Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden und die Schutzbedürftigkeit anderer, auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften – dazu gehören gleichgeschlechtliche – wird anerkannt.

Inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit der Interessenvertretung sollen insbesondere sein:

- persönliche Beratung und direkte Lebenshilfe für Lesben und Schwule, Bi- und Transsexuelle sowie deren Eltern und Angehörige
- Organisation und Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen in Gruppen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Schulen
- Begleitung von Schulaufklärungsprojekten, von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Coming-Out-Gruppen u. a.
- Beratung von politischen Verantwortungsträgern und Behörden in Fragen gleichgeschlechtlicher Lebensweise
- Aufbau und Führung von Kontaktstellen im Land (Netzwerk) zur Beratung, Betreuung und Information zu Lebensweisen, rechtlichen und sozialen Fragen
- Aufklärung der Bevölkerung mittels Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit, incl. zur AIDS- und HIV-Problematik
- Ausgestaltung und Begleitung der Brandenburg-Tour

### 3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können landesweit bzw. überregional tätige, eingetragene gemeinnützige Verbände, Vereine und Koordinierungsstellen mit Sitz im Land Brandenburg sein. Abweichend hiervon können aber auch Verbände, Vereine und Koordinierungsstellen mit Sitz außerhalb des Landes Brandenburg gefördert werden, wenn sich die Aktivitäten auf das Land Brandenburg richten.

Gefördert werden:

- Verband Alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Brandenburg e. V. (VAMV)
- Selbsthilfegruppen Alleinerziehender, Landesverband Brandenburg e. V. (SHIA)
- Deutscher Familienverband, Landesverband Brandenburg e. V. (DFV)
- Familienbund der Katholiken, Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. (FdK)
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Landesarbeitskreis Berlin-Brandenburg e. V. (EAF)
- Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e. V. (Familienzentrum Eberswalde)
- AndersArtig LesBiSchwules Aktionsbündnis Land Brandenburg e. V.

### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Vor Bewilligung einer Zuwendung an einen Verband/Verein ist ein positives Votum des MASF/Referat 22 zum Gesamtkonzept und zum Finanzierungsplan der jeweiligen Einrichtung erforderlich. Das Konzept soll die unter 2.2 bzw. 2.3 genannten inhaltlichen Schwerpunkte enthalten und die Maßnahme ausreichend begründen.
- 4.2 Der Verband/Verein muss landesweit bzw. überregional tätig sein. Aktivitäten, Veranstaltungen u. ä. müssen grundsätzlich im Land Brandenburg stattfinden und überwiegend Brandenburger Familien bzw. Brandenburgische Lesben und Schwule einbeziehen.



- 4.3 Der Antragsteller
- a) legt der Bewilligungsbehörde rechtzeitig vor Beginn des Maßnahmezeitraums den Entwurf einer Arbeitsplanung zur Bestätigung vor,
  - b) stimmt den eingereichten Entwurf zu Beginn des Maßnahmezeitraums mit dem MASF/Referat 22 ab und
  - c) reicht nach Ablauf des Maßnahmezeitraums einen Bericht bei der Bewilligungsbehörde ein, der Auskunft zum Sachstand durchgeführter und laufender Maßnahmen gibt.
- 4.4 Voraussetzung für die Förderung durch das Land ist die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Verbandes/Vereins. Der Antragsteller soll Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nachweisen. In begründeten Einzelfällen, z.B.
- bei Verbänden/Vereinen mit wenigen Mitgliedern,
  - bei geringen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen bzw.
  - aufgrund von sozialen Erwägungen
- kann hiervon abgewichen werden. Die Entscheidung hierüber obliegt der zuständigen Bewilligungsbehörde. Kann der Antragsteller keine Eigenmittel beibringen, so hat er dies zu begründen.
- 4.5 Der Verband/Verein gewährleistet für den gesamten Maßnahmezeitraum die Einhaltung der mit dem MASF/Referat 22 abgestimmten Qualitätskriterien und Zielstellungen im Jahresarbeitsplan entsprechend der jeweiligen Anlage zu diesen Grundsätzen.
- 4.6 Alle Entscheidungen der Bewilligungsbehörde, die im Einzelfall abweichend von diesen Fördergrundsätzen getroffen werden (Ausnahmeregelungen), sind aktenkundig festzuhalten und zu begründen.

## 5. Art, und Umfang der Förderung

- 5.1 Zuwendungsart: Projektförderung
- 5.2 Finanzierungsart: in der Regel Festbetragsfinanzierung
- 5.3 Form der Zuwendung: Zuschuss
- 5.4 Bemessungsgrundlage und Höhe der Zuwendung:

Zuwendungsfähige Ausgaben sind Personal- und Sachkosten. Die Höhe der Förderung ist abhängig von den für die einzelnen Verbände/Vereine jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

### 5.4.1 Personalkosten

Bei der Förderung von Personalausgaben ist die Bemessungsgrundlage der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder für das Tarifgebiet Ost (TV-L). Als Obergrenze für die Förderung von Personalausgaben der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers des Verbandes/Vereins gilt die vom Ministerium der Finanzen festgelegte Höhe der Personaldurchschnittskosten für Tarifbeschäftigte vom 01.05.2008 der Entgeltgruppe E 9. Förderfähig sind

- für VAMV und SHIA max. bis zu 80 % einer Personalstelle pro Verband/Verein,
- für den DFV, FdK und EAF max. bis zu 25 % einer Personalstelle pro Verband/Verein,
- für das Familienzentrum Eberswalde max. bis zu 80 % einer Personalstelle und
- für Andersartig e. V. max. bis zu 80 % einer Personalstelle zuzüglich einer Stelle mit geringfügiger Beschäftigung.



Voraussetzung der Förderung der Personalkosten ist eine entsprechende Tätigkeit bzw. Qualifikation. Entsprechende Tätigkeitsdarstellungen und Arbeitsverträge müssen vorliegen.

#### 5.4.2 Sachkosten:

Bei einer Finanzierung der Personalkosten können Sachkosten in einer Höhe von bis zu 20% der bewilligten Personalausgaben gefördert werden. Abweichungen sind in begründeten Fällen möglich.

Als Sachkosten sind grundsätzlich förderfähig:

➤ **Honorarkosten**

werden hinsichtlich der Förderfähigkeit nach den Bedingungen des Einzelfalls beurteilt. Die Höhe der Vergütung ist von der Leistung und der für die Durchführung erforderlichen Qualifikation der Honorarkraft abhängig. Dabei sollen Ausbildung, Erfahrung und Sachkenntnis sowie Umfang und Schwierigkeitsgrad der Leistung ausreichend zur Beurteilung dargestellt werden. Die Vergütung soll in der Regel alle mit der Honorartätigkeit verbundenen Arbeiten und Aufwendungen einschließen.

Honorarzahlen an Personen in der regulären Arbeitszeit im Zusammenhang mit Ihrem Hauptamt sind ausgeschlossen. Das trifft auch für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des Bundes, der Länder und Kommunen zu.

➤ **Miet- und Mietnebenkosten**

sind in vollem Umfang förderfähig, wenn sie ortsüblich sind. Es ist zu berücksichtigen, dass die Räumlichkeiten notwendig und angemessen sind.

➤ **Fahrkosten**

sind maximal bis zur Höhe der Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) förderfähig.

➤ **Kosten für Pflichtversicherungen**

wie Haftpflichtversicherung und Beiträge zur Berufsgenossenschaft, soweit sie dem Grunde nach erforderlich und der Höhe nach angemessen sind, sind förderfähig. Beiträge für freiwillige Versicherungen sind in der Regel nicht förderfähig. Abweichende Entscheidungen der Bewilligungsbehörde sind aktenkundig zu machen.

➤ **Kosten für Büro- und Verbrauchsmaterial einschließlich Fachliteratur, Porto- und Telefonkosten sowie Kosten für Öffentlichkeitsarbeit**  
sind bedingt im notwendigen Umfang förderfähig.

➤ **Übernachtungs-, Verpflegungs- und Bewirtungskosten**

sind grundsätzlich nicht förderfähig. In begründeten Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden.

➤ **Miet-, Wartungs- und Instandhaltungskosten für Geräte sowie Ersatzbeschaffung**

sind förderfähig, wenn der Antragsteller keine anderen Möglichkeiten der Finanzierung, des Zugriffs oder der Nutzung hat.

#### 5.5 Förderdauer

Die Förderung umfasst in der Regel das gesamte laufende Haushaltsjahr.

## 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Es ist sicherzustellen, dass die Verbände/Vereine keine Doppelförderung durch kommunale Stellen für in diesen Fördergrundsätzen genannten Zwecke erhalten. Sofern ein Verband/Verein zusätzliche Fördermittel für einen oder mehrere anderewendungszwecke erhält, hat dieser eine klare ausgabenbezogene Abgrenzung zwischen den einzelnen Förderzwecken zu gewährleisten. Entsprechende Nachweise können angefordert werden.
- 6.2 Im Zusammenhang mit dem Verwendungsnachweisverfahren ist ein ausführlicher Sachbericht beizufügen, der detaillierte Auflistungen zu den durchgeführten Beratungen, Angeboten und Veranstaltungen (Termin, Inhalt, zeitlicher Umfang, Teilnehmerlisten etc.) enthalten muss. Die Bewilligungsbehörde kann entsprechende Tabellen, Musterblätter o.ä. vorgeben.

## 7. Verfahren

- 7.1 Zuwendungsanträge sind schriftlich bei der zuständigen Bewilligungsbehörde, dem

Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)  
Dezernat 64 „Förder- und Pflichtaufgaben“  
Postfach 100 123  
03001 Cottbus

zu stellen.

- 7.2 Anträge auf Gewährung von Zuwendungen sind mit allen notwendigen Unterlagen der Bewilligungsbehörde bis spätestens 30. Oktober des vorausgehenden Haushaltsjahres vorzulegen.
- 7.3 Hinsichtlich der gemäß Nr. 11a der VV zu § 44 LHO durchzuführenden Erfolgskontrolle dient der unter Ziffer 4.5 genannte und abgestimmte Jahresarbeitsplan als Grundlage für die Prüfung der Zielerreichung im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung.
- 7.4 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VVG zu § 44 LHO, soweit nicht in diesen Fördergrundsätzen Abweichungen zugelassen worden sind.

Das Nähere wird im Zuwendungsbescheid geregelt.

## 8. In-Kraft-Treten, Schlussbestimmungen

- 8.1 Diese Fördergrundsätze treten am 01. Januar 2010 in Kraft.
- 8.2 In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen von den Fördergrundsätzen zugelassen werden. Sie bedürfen der einvernehmlichen Abstimmung zwischen den MASF/Referat 22 und der Bewilligungsbehörde und sind aktenkundig zu vermerken.
- 8.3 Die Fördergrundsätze werden bei Bedarf überprüft und fortgeschrieben.

Potsdam, den 01.12.2009

  
Doris Kreinsen



MASF  
Referat 21

Potsdam, 20. Juni 2011

**Förderhinweise an das LASV (Bewilligungsstelle) für die Umsetzung der Gewährung von Zuwendungen an Landesverbände (07 070/ 684 11) und Projektträger im sozialen Bereich (07 070/684 12)**

Zur Unterstützung der Entscheidungspraxis des LASV im Zusammenhang mit der Förderung o.g. Vorhaben werden nachstehende Förderhinweise als Arbeitsgrundlage übergeben.

**Geltungsbereich:**

Die Förderhinweise gelten für die Gewährung von Zuwendungen an Landesverbände und an Projektträger sowie für innovative Projekte im sozialen Bereich.

Ausnahmen bilden die Spitzenverbandsförderung der Freien Wohlfahrtspflege-LIGA (07 070/684 11) und die Frühförderung/ interdisziplinäre Früherkennung der überregionalen Arbeitsstelle (07 070/684 12).

**Allgemeine Bestimmungen:**

Grundlagen für die Förderung sind die Vorschriften zu §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie die im Rahmen der Haushaltsaufstellung vom MASF erstellten und dem LASV übermittelten Verbands- und Projektübersichten zu den Titeln 684 11 und 684 12.

Ziel der Förderung ist die Wahrnehmung von Selbstbestimmung und Teilhabe der Betroffenen in allen Lebensbereichen.

Im sozialen Bereich geförderte Landesverbände (07 070/684 11) sollen insbesondere:

- durch fachliche Anleitung und Koordinierung der Tätigkeit von lokalen Verbandsorganisationen und Mitgliedern die Selbsthilfeaktivitäten der Betroffenen unterstützen,
- die Interessen von Menschen in spezifischen Lebenslagen bündeln und gegenüber der Öffentlichkeit und staatliche Stellen vertreten,
- die Diskussion um identifikationsfähige Leit- und Zukunftsvorstellungen durch moderne Konzepte für soziale Dienste anregen,
- fachlich kompetent und aus dem Blickwinkel der Betroffenen die Landesregierung bei der Weiterentwicklung und Umsetzung von staatlichen Hilfeangeboten beraten.

Im sozialen Bereich geförderte Projekte (07 070/684 12) sollen insbesondere:

- zur gesellschaftlichen Teilhabe von alten, pflegebedürftigen und behinderten Menschen beitragen,
- generationsübergreifend arbeiten,
- den Grundsatz der Inklusion aufgreifen,
- Empowermentstrategien vermitteln,
- ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in die Projektarbeit einbeziehen,
- die Vernetzung mit anderen Projekten fördern und
- innovative Ansätze für soziale Problemstellungen entwickeln und umsetzen.



Erfolgskontrolle:

Erfolgt entsprechend den Vorschriften der Nr. 3.4.6 in Verbindung mit der Nr. 11a zu § 44 LHO. Die mit der Förderung der konkreten Einzelmaßnahmen beabsichtigten Ziele sollen danach vom LASV ermittelt und im Zuwendungsbescheid festgehalten werden, um im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung den Erfolg der Zielerreichung prüfen zu können.

Die Antragsprüfung:

für die in den Verbands- und Projektübersichten des MASF enthaltenen Landesverbände und sozialen Projekte erfolgt entsprechend den Vorschriften zu § 44 LHO.

Das für die Behindertenpolitik zuständige Fachreferat teilt dem LASV mit, welche Jahrespläne für welche Projekte von dort geprüft und nach Bestätigung dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegt werden (betrifft Titel 684 12).

Die Bewilligung:

erfolgt auf der Grundlage der vom MASF übermittelten Verbands- und Projektübersichten nach vorheriger Abstimmung mit MASF bezüglich der VE-s (im Rahmen der Erstellung VE-Bescheide) und der Zuschüsse (im Rahmen der Erstellung der Jahresbescheide) unter Beachtung der geltenden Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO.

Die Förderung wird in Form eines Zuschusses auf der Grundlage der Einzelfallprüfung durch das LASV gewährt. Als Orientierungsobergrenzen gelten die in den Verbands- und Projektübersichten übermittelten Beträge.

Förderfähig bei 684 11 sind im Regelfall notwendige Sachkosten für die Absicherung der Verbandsarbeit. Ausnahmsweise können bei Zuwendungsempfängern mit besonderem Charakter wie B. Geschäftsstellen und Landesarbeitsgemeinschaften auch Personalkosten gefördert werden.

Förderfähig bei 684 12 sind notwendige Personal- und Sachkosten für die Realisierung der sozialen und innovativen Projekte.

Eigenmittel:

Grundsätzlich sind Eigenmittel des Zuwendungsempfängers einzusetzen. Eine Förderung kann auch ohne Eigenmittel gewährt werden, wenn es dem Träger auf Grund seiner Struktur oder mangels Sponsoren nicht möglich ist, diese zu erbringen.

Die Auszahlung der Mittel:

erfolgt unter Beachtung der geltenden Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO.

Die Verwendungsnachweisprüfung:

erfolgt entsprechend den Vorschriften zu § 44 LHO-VV in Form der Prüfung von Sachberichten und zahlungsmäßigen Nachweisen. Die Sachberichte der Beratungsstellen werden auf der Grundlage der jeweiligen Jahrespläne durch das für Behindertenpolitik zuständige Referat geprüft (betrifft die Projekte gemäß Antragsprüfung, Titel 684 12).

Weiterleitung von Zuwendungen durch den Zuwendungsempfänger  
ist unter Beachtung der Vorschriften der Nr. 12 zu § 44 LHO möglich.

  
Herbert Fuchs

# KOPIE

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Familie des Landes Brandenburg  
Referat 23

27. Juli 2006

Fördergrundsätze des MASGF für die Gewährung von Zuwendungen an Projekte im sozialen Bereich (Kapitel 07 070 Titel 684 12)

## 1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

- 1.1 Das Land Brandenburg gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze und der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen an Träger von Projekten im sozialen Bereich.

Es sollen Projekte gefördert werden, die

- zur gesellschaftlichen Teilhabe von alten, behinderten und zugewanderten Menschen beitragen,
- generationsübergreifend arbeiten,
- das gemeinsame Leben von alten und jungen, behinderten und nichtbehinderten Menschen sowie von Deutschen und Zuwanderern fördert,
- die Selbsthilfekräfte der Betroffenen fördern und fördern,
- die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Betroffenen, Laienexperten und Professionellen fördern,
- ehrenamtliche und freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Projektarbeit einbeziehen und
- die Vernetzung mit anderen Projekten fördern.

## 1.2 Gefördert werden können insbesondere

- überregional tätige soziale Beratungsdienste und Koordinierungsstellen,
- überregionale Veranstaltungen,
- überregionale Fortbildungsmaßnahmen und
- modellhafte Projekte zur Erprobung neuer Formen der sozialen Arbeit und des freiwilligen Engagements sowie Anschlussprojekte nach Ablauf der Modellphase, die auf eine nachhaltige Verallgemeinerung abzielen.

## 2. Gegenstand der Förderung

Die Zuwendungen werden gewährt für die im Einzelfall notwendigen Personal- und Sachausgaben zur Absicherung der Projektarbeit.

## 3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können sein:

- Verbände der Freien Wohlfahrtspflege,
- landesweit bzw. überregional tätige eingetragene gemeinnützige Verbände und Vereine,
- landesweit bzw. überregional tätige Vereinigungen und Gruppen, soweit sie als gemeinnützig nach der Abgabenordnung anerkannt sind.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- Eine Förderung von sozialen Beratungsdiensten und Koordinierungsstellen sowie von Veranstaltungen und Fortbildungen ist an die Bedingung gebunden, dass der Träger eine landesweite Aktivität bzw. eine landesweite Teilnehmerschaft nachweist. Eine landesweite Aktivität ist gegeben, wenn der Dienst in mindestens einem Drittel der Landkreise/kreisfreien Städte des Landes Brandenburg tätig ist und eine Förderung auf kommunaler Ebene durch den überregionalen Charakter des Dienstes ausgeschlossen ist. Dies gilt analog für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen und Fortbildungen. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Begründung.
- Eine Förderung von modellhaften Maßnahmen kann nur dann erfolgen, wenn ein gleichartiges Projekt nicht bereits auf kommunaler Ebene gefördert wird, das Modellprojekt mit dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt fachlich abgestimmt wurde und eine nachhaltige Verallgemeinerung positiver Ergebnisse zumindest wahrscheinlich ist. Eine entsprechende Stellungnahme des Landkreises ist dem Antrag beizufügen. Ausnahmen bedürfen der Begründung.

## 5. Art und Umfang der Förderung

### 5.1.1 Zuwendungsart und Form der Zuwendung:

Die Zuwendungen werden als Zuschüsse zur Projektförderung gewährt.

### 5.1.2 Finanzierungsart:

Die Zuschüsse werden in der Regel als Festbetragsfinanzierung gewährt.



## 5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben und Eigenmitteleinsatz

Grundlage für die Bemessung der Zuwendung sind die voraussichtlichen kassenmäßigen Einnahmen und die von der Bewilligungsbehörde als notwendig, wirtschaftlich und angemessen anerkannten Ausgaben des Zuwendungsempfängers für

- Personalkosten
- Miet- und Mietnebenkosten für Räume
- Miet- und Wartungskosten für Geräte
- Beiträge für gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen
- Beiträge für freiwillige Versicherungen, soweit sie dem Grunde nach erforderlich und der Höhe nach angemessen sind (die Entscheidungsgründe sind im Prüfvermerk darzulegen)
- Büromaterial, Geschäftsbedarf
- Telefon- und Portokosten
- Reisekosten
- Honorarkosten
- Fachliteratur
- Öffentlichkeitsarbeit
- Projektbezogene Verwaltungskosten (z. B. Kosten für Gehaltsabrechnung)

Abgrenzbare projektbezogene Verwaltungskosten des Trägers können auch dann gefördert werden, wenn der Träger im Rahmen der Verbandsförderung aus Mitteln von Kapitel 07 070 Titel 684 11 Zuschüsse erhält.

Der Antragsteller soll Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nachweisen. In begründeten Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden. Die Begründung der Ausnahme ist im Prüfvermerk festzuhalten.

Bei der Bemessung der zuwendungsfähigen Ausgaben sind Regelungen des Landeshaushaltsrechts (z. B. Bestimmungen zu Dienstreisen, Fahrtkosten und anderes) entsprechend zu beachten.

## 5.3 Zuwendungszeitraum:

Der Zuwendungszeitraum umfasst das jeweils laufende Haushaltsjahr.

## 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 In die Zuwendungsbescheide ist die Auflage aufzunehmen, dass die Projektträger sicherzustellen haben, dass keine Doppelförderung durch kommunale Stellen erfolgt. Sofern ein Projektträger zusätzliche Fördermittel für einen oder mehrere andere Zuwendungszwecke erhält (z. B. für Verbandsarbeit oder weitere abgegrenzte Projekte in seiner Trägerschaft), hat er eine klare Ausgabenbezogene Abgrenzung zwischen den einzelnen Förderzwecken zu gewährleisten.
- 6.2 Bei Zuwendungen bis zu 25.000 € ist in der Regel ein einfacher Verwendungsnachweis vom Zuwendungsempfänger zu verlangen (vgl. Nr. 10.2. VV zu § 44 LHO).

## 7. Zuständigkeiten und Verfahren

Zuständig für die Entgegennahme und Prüfung der Förderanträge, die Abwicklung des Bewilligungsverfahrens, die Auszahlung und Abrechnung der Haushaltsmittel, die Prüfung der Verwendungsnachweise, - soweit erforderlich - die Rücknahme oder der Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie die Geltendmachung von Erstattungs- und Zinsansprüchen ist das

Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)  
Dez. 14 „Förder- und Pflichtaufgaben“  
Lipezker Str. 45  
03048 Cottbus

Die Förderentscheidungen sind im Rahmen des fachaufsichtlichen Verfahrens mit dem MASGF abzustimmen.

## 8. In-Kraft-Treten

Diese Fördergrundsätze treten am 01.08.2006 in Kraft. Gleichzeitig treten die Grundsätze für die Gewährung von Zuwendungen aus Kapitel 07 070, Titel 684 12 vom 26.02.1996 und die Grundsätze für die Gewährung von Zuwendungen aus Kapitel 07 070, Titel 684 15 vom 25.01.1996 außer Kraft.



Eva Kunz